Nr. 41. Donnerstag, den 18. Februar 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Zur Wohnungsfrage.

Je mehr Menschen sich an einem Platze zusammendrängen, desto mehr wächst auch die Wohnungskalamität. Die Preise für erträgliche Wohnungen nehmen eine Höhe an, die im Stande ist, den Unbemittelten einen Schrecken einzuflößen. Wer von seiner Hände Arbeit lebt, der muß entweder in dumpfigen, finsteren und engen Löchern wohnen, oder er muß eine größere Wohnung nehmen, um einen Theil davon an Aftermiether abzugeben. Dann bleibt aber einer armen Familie oft nur die Küche übrig, in der sie kochen, wohnen und schlafen muß. Das ist hier am Platze leider nur zu viel der Fall.

Von verschiedenen Seiten sind in diesen Tagen wieder Projekte ausgeheckt worden, um billige Arbeiterwohnungen zu beschaffen. Dabei taucht immer noch die alte spießbürgerliche Idee auf, man müsse zunächst dem Arbeiter sein eigenes Heim verschaffen, d. h. ihm die Möglichkeit geben, sich ein kleines Wohnhaus durch Abzahlung als Eigenthum zu erwerben. Das wäre gewiß ganz gut und angenehm, wenn das anginge. Aber man vergißt dabei, daß die heutige Industrie ein Hin- und Herfluthen der arbeitenden Bevölkerung voraussetzt. Die Konjunkturen können heute jeden Augenblick an einem bestimmten Platze für den Arbeiter so unsicher und ungenügend werden, daß er sich anderwärts um Beschäftigung umsehen muß, wo mehr Nachfrage nach Arbeitskräften ist. In diesem Fall wird ihm ein eigenes Haus zu einer beschwerlichen Last. Wenn es ganz sein Eigenthum ist, so muß er, wenn er fort will, mit empfindlichem Schaden das Haus verkaufen; hat er aber erst einen Theil des Kaufpreises abbezahlt, so ist er noch übler dran. Man darf nur beobachten, wie das „eigene Heim“ an einzelnen Stellen von den Unternehmern ausgenutzt worden ist. Sie haben den Arbeitern kleine Häuser gebaut, die durch Abzahlung nach und nach erworben werden konnten. Aber geriethen die Arbeiter dadurch nicht in eine doppelte Abhängigkeit? Sie müssen sich dem Unternehmer in allen Stücken fügen, denn wenn er sie nun entläßt, so verlieren sie nicht nur ihre Beschäftigung, sondern bekommen auch noch die Schwierigkeiten mit dem Haus, für das sie ihre Ersparnisse verwendet haben. In einzelnen Gegenden, namentlich in den Zuckerrübendistrikten der Provinz Sachsen, sind die Unternehmer noch weiter gegangen. Es ist vorgekommen, daß die Unternehmer ihren Arbeitern kleine Wohnungen bauten und das so hergestellte „Arbeiterdorf“ mit einer Mauer umfriedigten. Morgens trieb man die Arbeiter auf die Rübenfelder hinaus und Abends zu einer bestimmten Zeit mußten sie innerhalb der Umfriedigung sein, worauf man dieselbe verschloß. Natürlich betrieb der Herr Unternehmer innerhalb der Mauern einen Handel mit den nothwendigsten Lebensmitteln und eine Gastwirthschaft, so daß er ihnen als Zwischenhändler wieder einen Theil des Lohnes abnahm, den er ihnen ausbezahlt hatte.

Da hören die Vorzüge des „eigenen Heim“ vollständig auf, denn man ist nicht mehr weit von der heutigen „Arbeiterkolonie“ entfernt. Das „eigene Heim“ wird nicht nur zur Phrase, sondern geradezu zur Falle für den Arbeiter.

Praktischer sind schon jene Unternehmungen angelegt, die darauf abzielen, den Arbeitern billige Miethswohnungen zu verschaffen. Sie kündigen wenigstens an, daß man mit der alten Täuschung vom „eigenen Heim“ gebrochen hat. Allein die Vortheile dieser Unternehmungen bleiben immer sehr problematisch und meistens illusorisch.

Wenn man billige Wohnungen herstellen will, so muß man dazu in großen Städten den Platz auf der äußersten Peripherie, weil von belebten Vierteln entfernt, aussuchen, weil sonst die Grundstücke zu theuer sind. Die Entfernung von den Geschäftsgegenden aber macht die Sache schon für den Arbeiter theurer. Er muß Pferdebahn und Omnibus benutzen, kann nicht zum Mittagsbrod nach Hause kommen, ruinirt viel Schuhwerk, wenn er bei schönem Wetter zu Fuß geht und ist auf diese Weise genöthigt, sich die billige Miethe wieder zu vertheuern. Auch für seine Gesundheit wird er nicht viel gewinnen, denn man wird in den meisten Fällen doch genöthigt sein, sogenannte Miethskasernen zu bauen. Der Grund und Boden wird mit den kleinen einstöckigen Wohnungen, die doch billig sein sollen, nicht genügend ausgenutzt werden können, um das ganze Unternehmen rentabel zu machen. Und wenn das Alles nicht wäre, so würden die Wohnungspreise doch wieder in die Höhe getrieben durch die immer sich vergrößernde Nachfrage nach billigen Wohnungen. Ohnehin wachsen ja die großen Städte so rasch, daß nach einigen Jahren die an der Peripherie erbauten Wohnungen wieder mitten im städtischen Verkehrsleben sich befinden und dann erreichen die Wohnungspreise sofort die der Geschäftsgegend entsprechende Höhe.

Man wird es gern anerkennen, wenn philantropische Gedanken in dem Bestreben hervortreten, den Arbeitern billige und gesunde Wohnungen zu beschaffen. Aber wir halten es nicht für möglich, dies auf dem Wege der privaten Unternehmung zu bewirken, möge es nun genossenschaftlich oder von einzelnen Personen begonnen werden. Die Häuser, als Produkte von privaten Unternehmungen, werden immer den gewöhnlichen und unvermeidlichen Preisströmungen folgen müssen. Hier können unseres Erachtens nur staatliche Maßnahmen helfen.

Politische Uebersicht.

Offiziöses. Aus Berlin läßt sich die „Elberfelder Zeitung“ von ihrem Offiziösen schreiben: „Den Arbeiterunruhen in London wird von hier aus eine sehr ernste Aufmerksamkeit zugewendet und man ist genetzt, in ihnen nicht blos, wie es einzelne Zeitungsberichte darzustellen suchen, grobe Exzesse von Gesindel, wie es sich in jeder Großstadt findet, zu erblicken. Man glaubt auch hier Anzeichen dafür zu haben, daß die Unruhen einen extrem sozialistischen Charakter haben und möglicherweise von langer Hand durch eine Art Exekutio-Komitee geplant worden sind.“ — Diese Nachricht deutet darauf hin, daß man die „Arbeiterunruhen in London“ bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes benutzen will. — Das hatte man auch vor mit den jüngsten Arbeiterbewegungen in Spanien. Doch lauten die Nachrichten aus Madrid jetzt derart, daß man jene Bewegung in der That nicht fruktifiziren kann. Diese Arbeiterkundgebungen sind nichts Außergewöhnliches und eine natürliche Folge der durch die Cholera und die Erdbeben beschworenen ökonomischen Krisis, an welcher das ganze Land leidet und welche sich naturgemäß in der Hauptstadt am meisten zuspitzt. Es sind Maßregeln getroffen worden, Tausenden von unbeschäftigten Armen an Gemeinde- und Staatsbauten Arbeit zu verschaffen.

Bei der Ersatzwahl im 19. sächsischen Wahlkreise wollen nun doch über die Köpfe der deutsch freisinnigen sächsischen Landtagsabgeordneten hinweg einige deutsch-freisinnige Männer einen eigenen Kandidaten aufstellen. Das ist nun viel zu spät. Die meisten deutsch freisinnigen Wähler richten sich nach dem Rathe der Landtagsabgeordneten, so daß der übrigens noch nicht einmal nominirte deutsch freisinnige Kandidat nur eine sehr geringe Stimmenzahl auf sich vereinigen wird. Fast sollte man meinen, daß es sich bei dieser Spätgeburt nur darum handele, den Schein zu wahren. Das Verhalten der deutsch-freisinnigen Landtagsfraktion ist aber nicht mehr gut zu machen und so bleibt den Deutsch-Freisinnigen in jenem Wahlkreis der Vorwurf nicht erspart, daß sie den „Ordnungsparteien“ erheblichen Vorschub geleistet haben.

Der Volkswohlstand ist in fortwährendem Steigen begriffen, so verkünden die Offiziösen papageienartig in allen Tonarten, obgleich die nackten Thatsachen dieses Geschwätz täglich Lügen strafen. Wie groß der Umfang des Elends an manchen Orten schon ist, erhellt recht deutlich aus einer Nachricht, welche der „Germania“ aus Westpreußen zuging. Es heißt da: „Bei uns wüthet der Hungertyphus in erschreckender Weise. Im Berenter Kreise sind manche Dörfer bisher auf drei Viertel ihrer Einwohnerzahl zusammengeschmolzen. Von einer kirchlichen Beerdigung der Verstorbenen ist keine Rede; die Leichen werden gleich auf der Feldmark der betreffenden Dörfer begraben. In den infizirten Orten sind die Schulen geschlossen — einzelne schon seit Mitte des Monats Dezember vorigen Jahres.“ — Thut aber Alles nichts, die Offiziösen werden auf Kommando weiter lügen.

Nationalliberale Taktik. Als im Jahre 1878 der Rücktritt des liberalen Kultusministers Falk drohte, schrieb das große rheinische Reptil, die „Köln. Ztg.“, in einem Leitartikel

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart
von
Gustav Löffel.

[18]

Ein Pfiff ertönte, der Zug setzte sich in Bewegung. Es war Hoffnung vorhanden, daß sie noch vor Entdeckung ihrer Flucht die Stadt erreichte. Wenn jene aber auch sogleich erfolgte, so war doch anzunehmen, daß man zunächst im Schloß und in der Umgegend suchte. Wurde dann telegraphirt, so verging auch noch etwas über eine Stunde, denn eher konnte man den nächsten Stationspunkt nicht erreichen. Zwischen Furcht und Hoffen blickte Erna dem Heraufdämmern des Tages entgegen, welcher für ihre ganze fernere Zukunft entscheidend werden sollte.

Die Familie Winter saß beim Morgenkaffee oder vielmehr sie saß nicht beim Morgenkaffee, denn Frau Winter schlürfte ihren Kakao, Fräulein Hedwig ihren Thee und Winter senior trank von Zeit zu Zeit einen Schluck Wasser. Das war das erste Frühstück der Winter's. Diesen verschiedenen Geschmacksrichtungen entsprechend, war Frau Winter eine stattliche, voll entwickelte Dame, Fräulein Hedwig eine blasse Blondine mit den Alluren einer Engländerin und Winter senior so kalt und nüchtern, wie das Glas, welches er mit geschäftsmäßiger Präzision in bestimmten Pausen an seine Lippen führte.

Winter senior, Chef der bekannten Exportfirma „Winter u. Sohn“, hatte die Morgenzeitung vor sich ausgebreitet. Er studirte emsig und mit sehr getheilten Gefühlen den Fall „Eschenbach“. Als „einen schlauen Fuchs“ und ein „überaus vorsichtiges Männchen“ hatte Wilhelm ihn taxirt, und daß dieser halbe Naturmensch da so ziemlich nach der Natur gezeichnet hatte, bewies schon ein flüchtiger Blick auf die Person des hageren kleinen Herrn. Kalt und berechnend, aber immer ein gewinnendes Lächeln auf den schmalen Lippen, so betrachtete Winter senior die Menschen und Dinge. Mit derselben kalten Höflichkeit empfing er den Mann, dessen Aufträge ihm Tausende werth waren, und der, der ihm eben so viel aus der Tasche nahm. Sein wenig gefaltetes, glatt rasirtes Gesicht, dessen Augen durch eine goldene Brille geschützt waren, verrieth überhaupt niemals, ob ein Besuch willkommen oder unwillkommen war. Es war kein Barometer für die Tagesstimmung, wie z. B. das des verstorbenen Kommerzienraths; wie denn Winter senior in Allem das gerade Gegentheil von diesem unglücklichen Manne war.

Auf ihn bezog er seine Worte, als er jetzt sagte: „Also kein Mord! Die Obduktion hat den Schlaganfall außer allen Zweifel gestellt.“

„O!“ machte seine Gemahlin bedauernd. Sie liebte starke Effekte und der Fall Eschenbach war in diesem Punkte recht vielversprechend gewesen.

„Aber das Glas, welches seiner Hand entfallen war!“ wandte sie ein. „Was hat denn dieses Glas enthalten?“

„Wasser!“ erwiderte er trocken.

„Reines Wasser?“

„So scheint es. Die obduzirenden Aerzte stellen eine ebenso einfache wie bestimmte Diagnose. Der Kommerzienrath befand sich schon, als er sich an den Schrank begab, in einer hochgradigen Erregung — Zeugen bestätigen, daß er an jenem Morgen überhaupt sehr erregt gewesen; — er öffnete und vermißte das Depositum im Werthe von einer halben Million, ein Schwindel wandelte ihn an und sehr natürlich griff er nach einem Glase Wasser, das er allem Anscheine nach nicht einmal mehr an die Lippen brachte. Zu dem Bluterguß ins Gehirn gesellte sich eine Herzlähmung, die seinem Leben ein jähes und schmerzloses Ende bereitete.“

„Allerdings ebenso einfach wie natürlich,“ bestätigte die sensationsbedürftige Dame. „Aber das muß doch sehr schnell gegangen sein und dem Kommerzienrath kann wohl nicht so viel Zeit geblieben sein, die Karaffe zu öffnen und das Glas zu füllen. Viel annehmbarer ist, daß dieses Glas schon ausgeschänkt dagestanden. Wer aber hat das Wasser ins Glas geschänkt — wann — und zu welchem Zwecke?“

Winter schüttelte den Kopf.

„Aus Dir spricht der Staatsanwalt,“ sagte er. „Uebrigens ist das ein dunkler Punkt, der wohl nie aufgeklärt werden wird — der wegen des Wassers im Glase. Jean, der Kammerdiener, der den Kommerzienrath das Wort „Gift“ aussprechen gehört, will schon am Tage vorher ein Glas Wasser auf dem Seitentisch gesehen haben, während Jenny, das Stubenmädchen, welchem die Reinigung des Kabinets oblag, behauptete, daß am Morgen des Todestages kein Glas Wasser da gewesen und daß sie selbst die Karaffe an diesem Morgen neu gefüllt habe. Das ist Zeugniß gegen Zeugniß, kommt aber gar nicht mehr in Betracht, seitdem ärztlich festgestellt ist, daß eine Herzlähmung die wahre Todesursache gewesen.“

„Eine Herzlähmung, herbeigeführt durch den Genuß eines rasch wirkenden Giftes!“ beharrte Frau Winter. „Die Herren Aerzte kennen dies Gift nicht, sie können es nicht nachweisen, und folglich ist gar kein Gift zur Verwendung gekommen. Man kennt das! Aber weiter! Hat man noch keine Spur von der flüchtigen Tochter?“

„Die Zeitungen wissen davon nichts, und die polizeilichen Recherchen werden, wie immer bei solchen Verfolgungen, geheim gehalten,“ sagte Winter mit einem Seufzer. „Ich muß gestehen, das ist Bernhards wegen —“

Ein strafender Blick aus den Augen seiner Gattin ließ ihn verstummen. Jener sollte ihn an die Anwesenheit seiner Tochter erinnern.

Fräulein Hedwig hatte während dem ruhig ihren Thee geschlürft.

„Von wo datirt Bruder Bernhards letzter Brief?“ fragte sie jetzt.

Die beiden Gatten tauschten einen raschen Blick.

„Von Rio de Janeiro, Kind. Warum?“

Frau Winter fragte das und löffelte dabei mit scheinbarem Gleichmuth ihre Chokolade.

„Kennt die Polizei seinen Aufenthalt?“ forschte Hedwig weiter.

„Warum?“ fragte nun ihr Vater, allerdings schon etwas strenger.

Sie blickte gedankenvoll in ihr Glas.

„Ich meine nur!“ entgegnete sie gleichmüthig. „Es wäre doch sehr unangenehm, wenn man Erna Eschenbach in

folgendes: . . . . „Die Maigesetze in erster Linie, was man auch im Einzelnen an ihnen glaubt tadeln zu können, sind zum Pharus geworden in den aufgeregten Fluthen kirchlicher Ansprüche und ultramontaner Demagogie. Und nun, wo der Segen der Maigesetze immer klarer zu Tage tritt, wo selbst die Kurie die Hoffnungslosigkeit eines ferneren Kampfes gegen jene Burg des modernen Staates erkennt und die Hand zum Frieden, wenigstens zu Verhandlungen über denselben bietet, da soll der Mann im Wege stehen, der in dem siegreich durchgeführten Kampfe der Führer war? Haben denn Bismarck und Moltke abtreten müssen, als man in den Kriegen von 1866 und 1870/71 den Feind zu Boden geschmettert hatte? Waren sie beim Abschlusse des Friedens hinderlich? Wie schon gesagt, die Kurie schließt nicht Frieden mit dem „protestantischen" Kaiserthum um des Frieden willen. Ein Herz für den modernen Staat hat auch Papst Leo XIII. schwerlich. Auch kennt der das Wesen der Hierarchie nicht, der da wähnt, die Kurie denke im Ernste daran, sich auf immer unter die Hoheit des Staates zu beugen. . . . Muß ferner, wenn Falk um des Friedens willen gehen soll, nicht auch Bismarck gehen? Der hat doch noch ganz andere Keulenschläge gegen den Feind geführt als Falk; sein Auftreten in diesem Kampfe war ein viel persönlicheres.

Heute schreibt nun dasselbe Blatt von dem neuen kirchenpolitischen Gesetz: „Es entspricht in vielen Stücken den Ansichten, die wiederholt und in zusammenfassender Darstellung in der „Köln. Ztg." vertreten worden sind." — Echt nationalliberal!

Ueber den Eindruck, welchen die kirchenpolitische Vorlage auf die Abgeordneten gemacht hat, wird der „Frankf. Ztg." aus Berlin geschrieben: Selten hat eine Vorlage, auf die man noch dazu im Wesentlichen vorbereitet war, unter den Abgeordneten eine so große Aufregung hervorgerufen, wie der neue kirchenpolitische Gesetzentwurf. Wo Zwei bei einander standen, wurde er diskutirt, und es ist charakteristisch, daß man sich auf den sachlichen Inhalt sehr wenig einließ, ihn sogar zum Theil recht oberflächlich beurtheilte, desto mehr aber die allgemeine politische Bedeutung dieser Aktion in den Vordergrund stellte. „Jetzt ist der Kulturkampf zu Ende!" das war noch das zurückhaltendste Urtheil, was man hörte, denn es gab, namentlich unter den Konservativen, sanguinische Naturen, deren Ansicht über die kirchenpolitische Vorlage sich einfach in den Worten Luft machte: „Nun kommt das Branntweinmonopol durch!" Auch die Verlängerung des Sozialistengesetzes und das neue Septennat waren nach der Ansicht Vieler durch den kirchenpolitischen Gesetzentwurf in den sicheren Hafen gebracht. Solche Urtheile sind überaus charakteristisch für die ganze Situation und kennzeichnen die wahre Meinung, welche die Freunde der Regierung über die Motive derselben zu diesem Friedenswerk haben. Es war durchaus kein untergeordneter Parlamentarier, der seine staatsmännische Begabung in der Versicherung kund gab, das kirchenpolitische Gesetz werde nicht eher publizirt werden, als bis das Branntweinmonopol mit Hilfe des Zentrums angenommen worden sei. Ein oppositioneller Journalist muß sich wirklich hüten, diese Anschauung eines Mitgliedes der Regierungspartei zu seiner eigenen zu machen und etwa zu interpretiren; er käme sonst leicht in die Gefahr, einer beleidigenden Absicht gegen das Staatsministerium geziehen zu werden. Sehr zurückhaltend äußerten sich die Mitglieder des Zentrums, und die „Germania" beweist ja bereits heute Abend, daß dieses Gesetz nur eine weitere Abschlagszahlung ist und daß noch viel zu wünschen übrig bleibt. Wenig Vergnügen schien der Entwurf den Nationalliberalen zu machen, während die Konservativen ihn wie den Anbruch einer neuen Aera feierten. Im Allgemeinen gab man sich durchaus der Vorstellung hin, daß die Kurie das Gesetz vollständig gebilligt und sich mit diesen Zugeständnissen für befriedigt erklärt habe, eine Ansicht, deren Richtigkeit von der „Germania", ob mit Recht oder Unrecht mag dahin gestellt sein, noch bestritten wird.

Die österreichischen Polen bemühen sich, die Bismarckschen Germanisirungspläne nach Kräften zu durchkreuzen und Preußen für die „Polenverfolgung" zu strafen. Im polnischen Klub ist dieser Tage die Idee erörtert, eine Bank zu gründen, um die Güter in der Provinz Posen in polnischem Besitz zu erhalten. Ferner soll der Verkehr mit den in Galizien wohnenden Preußen ganz abgebrochen werden. Die Agitation für diesen Zweck ist überall im Gange und hat schon große Dimensionen angenommen. In Krakau beschloß eine große Bürgerversammlung, den Waareneinkauf in Preußen als Vergehen gegen die patriotischen Pflichten zu betrachten, und eine Kommission wurde mit der Aufgabe betraut, Fachmänner aus allen Erwerbszweigen einzuberufen, um neue Quellen zum Bezuge bisher aus Preußen importirter Waaren zu ermitteln. Lemberg wird nachfolgen.

Dem Bundesrath ist ein Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für 1886/87 zugegangen, durch welchen für Bedürfnisse dringender Art, welche nach Lage der besonderen Umstände bei Aufstellung des inzwischen vom Reichstage erledigten Reichshaushalts-Etats noch nicht berücksichtigt werden konnten, Sorge getragen werden soll. Es sind dies die Forderungen zur Errichtung eines sechsten Zivilsenats beim Reichsgericht, zur Erwerbung eines Grundstücks behufs Errichtung eines Dienstgebäudes für das Patentamt, sowie zum Ausbau des Dienstgebäudes Wilhelmplatz 2 für die Zwecke des Reichsversicherungsamts und des Reichsschatzamts in Höhe von bezw. 58 560 M., 640 000 M. und 780 000 M. Dem Gesammtbedarf von 776 560 M. stehen an Verwaltungseinnahmen beim Reichsgericht 1221 M. gegenüber, und es soll der Mehrbedarf von 775 339 M. insoweit derselbe nicht durch Mehrerträge bei den außer den Matrikularbeiträgen zur Reichskasse fließenden regelmäßigen Einnahmen Deckung findet, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufgebracht werden.

Ueber die Lotterien und Ausspielungen erhalten die offiziösen Blätter folgenden Artikel: Die Zahl der zur Förderung gemeinnütziger Zwecke aller Art mit staatlicher Genehmigung veranstalteten Lotterien und Ausspielungen ist in neuerer Zeit in fortwährender Zunahme begriffen. Giebt schon dieser Umstand an sich zu Bedenken Anlaß, so ist bezüglich derjenigen Verloosungen, welche mit Rücksicht auf das örtlich beschränkte Interesse des Unternehmens nur für einen Theil des Staatsgebiets zugelassen werden, es als ein besonderer Mißstand empfunden worden, daß der Vertrieb der Loose häufig auch außerhalb des erlaubten Absatzgebietes stattfindet und nicht mit Erfolg verhindert werden kann, weil es an einer zweifellos anwendbaren Strafbestimmung fehlt (§ 287 des Reichsstrafgesetzbuches trifft nur die unerlaubte „Veranstaltung" öffentlicher Lotterien und Ausspielungen, welche in „Preußen nicht zugelassen" sind). Es ist daher in Frage gekommen, einen solchen unbefugten Vertrieb der Loose außerhalb des erlaubten Absatzgebietes auf dem Wege der Polizeiverordnungen unter Strafe zu stellen, oder aber die staatsseitige Genehmigung fortan nur unter dem Vorbehalte des Widerrufs für den Fall der Ueberschreitung des Absatzgebietes zu ertheilen. In jedem Falle kann denjenigen Gesellschaften und Vereinen, welche Verloosungen der bezeichneten Art in gewissen Zwischenräumen zu veranstalten und die staatsseitige Genehmigung dieserhalb nachzusuchen pflegen, in ihrem eigenen Interesse nur empfohlen werden, die ihnen bei Ertheilung der Genehmigung gezogenen Schranken sorgfältig inne zu halten, da dieselben anderenfalls gewärtigen müssen, daß sie eine wiederholte Genehmigung nicht erlangen, sobald die Wahrnehmung gemacht wird, daß sie die Ueberschreitung des erlaubten Absatzgebietes nicht zu verhindern wissen.

In Innungsstatuten stehen häufig recht eigenthümliche Bestimmungen, welche leider nur selten in weiteren Kreisen bekannt werden. So hat der Vorstand der Bäcker-, Pfefferküchler- und Konditor-Innung in Waldenburg in Schlesien den Eltern und Vormündern der Bäckerlehrlinge, sowie den Bäckermeistern zur Kenntniß gebracht, daß „Lehrlinge, welche ohne Begleitung erwachsener Angehöriger Schanklokale oder Tanzböden besuchen, nach § 43 des Innungsstatuts vor den Innungsvorstand geladen und zur Verantwortung gezogen werden; im Wiederholungsfalle kann sogar auf „Strafe bis zu sechs Monaten Nachlernen erkannt werden." Ganz richtig bemerkt die „Volksztg." dazu: Ein halbes Jahr Nachlernen ist für den armen Lehrling eine sehr empfindliche Strafe, für den Meister dagegen in den meisten Fällen baarer Gewinn. Denn da der Lehrling nach Ablauf der festgesetzten Lehrzeit in der Lage sein wird, dem Meister die Dienste eines Gesellen zu leisten, so kann der Meister, wenn sein Lehrling auf Grund des § 43 des Statuts zum Nachlernen verurtheilt wird, für die Dauer dieser Strafzeit einen Gesellen entbehren, beziehungsweise den Lohn desselben ersparen. Wenn, was wir nicht wissen, aber für nicht ganz unwahrscheinlich halten, die Strafe des Nachlernens auch für andere Vergehen gegen die Innungs-Statuten verhängt werden kann, so können die Herren Meister durch fleißige Anwendung der Bestimmung recht gute Geschäfte machen. Die Innungsstatuten müssen von der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks, in welchem die Innung ihren Sitz hat, bestätigt werden. Es ist recht bezeichnend für die heute wieder herrschenden Anschauungen, daß die Waldenburger Statuten mit dieser Bestimmung bestätigt werden konnten; sie geht unseres Erachtens weit über das hinaus, was die Gewerbeordnung, insbesondere § 98 a derselben, anordnet.

Der Diätenprozeß gegen den Reichstagsabg. Heine gelangt am 11. März in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Naumburg zur Verhandlung. Vertreter des Fiskus ist der Justizrath Kortum.

Elberfeld, 17. Februar. In Sachen der auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen „Neuen Bürgerzeitung" und des „Bergisch-Märkischen Generalanzeigers" ist dem Schriftsteller Herr F. Gilles, dem Schriftsetzer Wilhelm Schöllgens und dem Buchdruckereibesitzer Langewische eine umfangreiche Anklageschrift zugegangen, worin auf § 19 des Sozialistengesetzes Bezug genommen wird.

Frankfurt a. M., 17. Februar. Ueber die Petition deutscher Frauen gegen die Duldung von Sklaverei oder Hörigkeit in irgend welcher Form in deutschen Schutzgebieten haben wir außerordentlich Günstiges zu berichten. Der Erfolg ist bedeutend größer, als die Frankfurter Frauen zu hoffen wagten, da sich bis jetzt 80 Ortschaften mit 5200 Unterschriften betheiligten und täglich, trotzdem der Rücksendungstermin überschritten ist, noch Listen eingesandt werden. Zwei Sendungen sind bereits nach Berlin an den Reichstag abgegangen.

Aus Bayern erhalten wir folgende Zuschrift: Das bayrische Vereinsgesetz ist die Skylla, in welche die Arbeiterbewegung gerath, wenn sie der Charybdis des Sozialistengesetzes glücklich entronnen ist. Der Bayreuther Tischlerverein ist vom dortigen Stadtmagistrat als politischer Verein erklärt und ihm dadurch die Möglichkeit eines ersprießlichen Wirkens entzogen worden. Ausschluß der Minderjährigen, der Frauen, strengste polizeiliche Ueberwachung, Verbot jedweder Beziehung zu anderen Vereinen, das sind einige Blüthen aus dem Paragraphenbouquet, das jeder politischen Vereinigung gereicht wird. In der überaus interessanten „Motivirung" wird u. a. ausgeführt, daß der Verein sich bereits seit längerer Zeit verdächtig gemacht habe. Z. B. habe der bekannte Gewerkschaftsagitator Meist aus Deutz in einer Versammlung referirt; sein Referat habe bereits zu „Erwägungen" Anlaß gegeben, indessen hätte es doch die allgemeinen Interessen berührt. Kommt noch verschiedenes Anderes, zu guterletzt habe aber eine Festrede des Herrn Karl Oertel aus Nürnberg, die er bei Gelegenheit des Stiftungsfestes des Vereins gehalten, dem Faß den Boden ausgeschlagen. Der Festredner habe „nicht nur über die französische Revolution im Jahre 1789, sondern auch über die Fragen des niedrigen Arbeitslöhne, der Macht des Kapitals u. s. w. gesprochen. Als Zeuge gilt der Polizeirothmeister, der nicht etwa zur Ueberwachung, o bewahre! nur um die „feuerpolizeilichen Maßregeln" zu kontrolliren, erschienen war; ferner ein Festbericht des Nürnberger Arbeiterblattes, der „Fränkischen Tagespost", in der — horribile dictu — es von der Bayreuther Arbeiterbewegung heißt, sie schreite fort, „ohne das Spießbürgerthum par excellence nur im mindesten zu fragen." Wir fragen, wie der junge Kavalier der „Ranon": Muß das sein? Aber dies „Spießbürgerthum sans phrase" liegt den Bayreuther Stadtgewaltigen schwer im Magen. Sie werden sich sicherlich nicht getroffen fühlen, denn Bayreuth ist ja die Heimstätte der — Zukunftsmusik, und hat ja doch mit dem Philisterthum nichts zu schaffen. — Der bayerische Landtag wird sich demnächst mit zwei von Nürnberg eingeschickten Petitionen, die von prinzieller Bedeutung sind, zu beschäftigen haben. Die eine erhebt Einspruch gegen eine Verletzung des Petitionsrechts, dadurch begangen, daß die Polizei in Lauf Unterschriftslisten, die zu Gunsten des Arbeiterschutzgesetzentwurfs zirkulirten, mit Beschlag belegte. Im zweiten Falle handelt es sich um das Verbot einer Versammlung, in der Frau Guillaume-Schack einen Vortrag halten sollte. Hoffentlich wandern die beiden Petitionen nicht in den Papierkorb. Unseren Kammer-„patrioten" ist freilich sehr viel — und nichts Volksfreundliches — zuzutrauen. — Wir werden es ja sehen.

Frankreich.

Am vergangenen Sonntage begaben sich eine größere Anzahl ehemaliger Mitglieder der Kommune nach dem Kirchhof Père-Lachaise, um das Grab des bekannten Kommunekämpfers Jules Vallès, dessen Todestag am Sonntag war, zu schmücken. Da sich auch andere revolutionär Gesinnte an dem Besuch betheiligten, so wuchs die Zahl der Theilnehmer auf ungefähr 3000 an. Die Polizei hatte umfassende Maßregeln getroffen, um etwaige Ruhestörungen zu verhindern. Zwei Kommissare standen am Hauptthore des Friedhofes und ließen nur Gruppen von fünf bis sechs Personen auf einmal durch. Kurz nach 1 Uhr begann das Defilé. Die Verehrer Vallès' trugen rothe Immortellen oder andere rothe Blumen im Knopfloch, auch in den Kränzen, welche auf das Grab gelegt wurden, herrschte ebenfalls diese Farbe vor. Eine Reihe von Vereinen und Gesellschaften hatte ihre Vertreter mit revolutionären Abordnungen geschickt. Jules Guesde, der Redakteur des „Cri du peuple", hielt am Grabe eine längere Rede, worauf man sich unter den Rufen: Es lebe die Kommune! Es lebe die soziale Revolution! entfernte. Die Menge begab sich sodann nach einem in der Nähe des Kirchhofs belegenen Saal, in welchem noch mehrere verschiedenen Rednern das Tagesereigniß besprochen wurde.

Schweiz.

In Zürich fand am 15. d. M. eine Massenversammlung statt, in welcher eine Resolution angenommen wurde, welche die Polenausweisungen und das Verhalten des preußischen Reichstags in den schärfsten Ausdrücken tadelt. Aus verschiedenen Städten liefen während der Verhandlungen Zustimmungsadressen ein.

Rußland.

Aus Petersburg, 12. Februar, wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Die noch heute bestehenden mittelalterlichen Zustände in der Petersburger Geheimpolizei wurden jüngst durch einen öffentlich durchgeführten Prozeß illustrirt. Der Kläger, der Bauer Kolomkin, wurde im März 1884 bei der Detektiv-Abtheilung über den angeblichen Ankauf gestohlener Gegenstände seitens seines Bruders inquirirt. Da es

---

Hamburg oder Bremen auf einem Brasilienfahrer absaßte. Es könnte dann heißen, Bruder Bernhard habe sie dazu bestimmt, ihrem Vater das Geld zu entwenden und zu ihm zu stoßen."

„Abgeschmackt!" sagte ihr Vater wegwerfend, indem er sich wieder in die Zeitung vertiefte. Die Hand, welche diese hielt, zitterte kaum merklich.

„Aber, Hedwig!" sagte auch ihre Mutter vorwurfsvoll. Sie warf ihr einen verweisenden Blick zu und schüttelte den Kopf.

„Natürlich ist der Gedanke nicht angenehm," fuhr Hedwig in ihrer frostigen Weise fort, „auch mir nicht, denn Bernhard ist ja mein Bruder. Aber er selbst hat mir diesen abscheulichen Gedanken eingegeben, und wenn ich ihn gegen Euch äußere, begehe ich wohl noch kein Verbrechen."

Winter ließ noch einmal die Zeitung sinken und seine Gattin setzte die zum Munde erhobene Tasse wieder nieder.

„Willst Du damit sagen," fragte diese, „daß Bernhard . . ." sie stockte und blickte sich scheu um; dann fuhr sie leiser fort: „daß Bernhard je mit einem so erniedrigenden Gedanken umgegangen wäre? Pfui, Hedwig, wenn Du das nur sagtest, um dem Groll genug zu thun, den Du gegen Deinen Bruder hegst!"

Die junge Dame lachte leise und höhnisch. „Meinen Groll gegen Bernhard! sagte sie geringschätzend. „Was kann ich dafür, daß er nicht so geartet ist, wie es der Erbe der Winters und der Nachfolger unserer Firma sein sollte . . ."

„Na, das ist denn aber doch . . .!" fiel hier Winter zornig ein. Er erhob sich behende und raffte seine Zeitung zusammen, während sein Auge mit stummem Vorwurf das der Gattin traf.

„In der That, Hedwig," sagte diese tadelnd, „Deine Worte sind lieblos und unehrerbietig zugleich. Du vergissest zu Zeiten, von wem und mit wem Du sprichst."

In Hedwig's blasse Wangen kam ein Schatten von Farbe. „Ja, ja," erwiderte sie erregt, „Adler hat schon Recht mit dem, was er sagt!"

„Ach so, Herr Adler!" sprach ihr Vater mit schneidendem Hohn. „Und wenn man fragen darf — was sagt denn der Herr Adler?"

„Nichts weiter, als was diese Szene wieder beweist: man darf kein Wort gegen Bernhard sagen, ohne Deinen höchsten Unwillen zu erwecken," entgegnete Hedwig. „Wenn aber Bernhard hier in meinem Beisein erklärt hat, er heirathe Erna Eschenbach doch, und wenn er, um das zu ermöglichen, selbst ein Verbrechen begehen müsse."

„Redensarten! Was man so sagt!" warf Winter gezwungen lachend ein.

„Und wenn nun," fuhr Hedwig unbekümmert fort, „seine heimlich Verlobte die Kasse ihres Vaters bestiehlt und das Weite sucht, so darf man doch wohl denken . . ."

„Was man will, nur sagen darf man es nicht, und am allerwenigsten wenn man die Schwester des ungerecht Verdächtigten ist! Wenn Herr Adler seinen ganzen Einfluß gegen Bernhard geltend macht, so schwebt ihm dabei gewiß ein bestimmtes Ziel vor, zum Beispiel Verstoßung meines Sohnes und Umwandlung der Firma „Winter u. Sohn" in „Winter u. Adler".

Hedwig schnellte, gleichsam getroffen, empor.

„Ha! saß der Pfeil!" rief ihr Vater triumphirend. „Nun denn, so sage dem Herrn Adler, daß seine Träume niemals in Erfüllung gehen werden, wenigstens nicht, so lange ich noch lebe. Sag' ihm das!" — Der kleine Herr hielt erschöpft inne und schnappte nach Luft.

„Adler braucht Dein Vermögen nicht," spöttelte Hedwig. „Im Gegentheil, er kann Dir noch von seinem eigenen geben. Er ist ein Millionär."

„Sein Vater war es, ja wohl, und ein braver, rechtlicher Mann ist er auch gewesen. Als er seine Augen schloß, ist eine unserer solventesten Firmen erloschen. Der Herr Sohn, der niemals Neigung zum Kaufmannsstande hatte, hat das Geschäft nicht weiter fortgeführt."

„Das brauchte er auch nicht," mischte sich hier Frau Winter in's Gespräch. „Sein Vater hat ihm ein Vermögen hinterlassen, welches ihm gestattet, sich mit einem fürstlichen Luxus zu umgeben."

„Der Euch Frauen blendet und bestricht, ja, ja," bestätigte ihr Gatte, „während ich dahinter nur Zahlen, große Zahlen. Dieser Aufwand kostet ein enormes Geld. Aber nicht genug! Herr Adler hat die drei Jahre nach dem Tode seines Vaters in Paris und London verbracht, was das besagen will, das weiß man, ohne in Paris und London gewesen zu sein. Wenn er jetzt wieder hier ist und auf einmal so ernst und vernünftig thut, als wäre er nie anders gewesen, so kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß nicht blos Neigung ihn dazu treibt. Es wird wohl mehr Zwang sein. Und seid versichert, er sieht in seiner zukünftigen Gattin nicht das liebende Weib, sondern die Erbin. Leider ist er so schlau und so gut bedient, daß ich ihm das nicht nachweisen kann. Ich muß es mir also gefallen lassen, wenn mein Fräulein Tochter die gebeuchelte Neigung dieses Mannes aufrichtig erwidert und ihre Mutter seine Werbung begünstigt. Aber wenn Herr Adler das Ziel hinausschießt und mehr Einfluß zu gewinnen strebt, als dem zukünftigen Gatten ihrer Tochter zukommt, dann wird es Zeit, ihm seine Grenzen zu verweisen. Ich dulde keine Intriguen in meinem Hause, und Du, Hedwig, solltest Deinen Bruder eher vertheidigen, als Dich zum Echo ungerechter Verdächtigungen gegen ihn zu machen."

Hedwig warf den Kopf zurück.

„Hat Adler denn verdächtigt?" sagte sie spitz. „Ich wiederhole nur, was ich mit eigenen Ohren aus meines Bruders Mund gehört habe, und das werden auch die ungerechten Verdächtigungen Adlers aus meiner Erinnerung nicht tilgen. Ich sage nicht, Bernhard hat seine Braut zu dem Diebstahl bestimmt, ich äußerte nur meine Befürchtnisse wegen eines möglichen Verdachtes in dieser Richtung. Und daß dieser Verdacht nicht unbegründet wäre, das sagte Bernhards eigene Worte. Zum Glück habe nur ich sie gehört, zum Glück bin ich nicht so gehässig, wie ihr mich hinstellen möchtet. Selbst Adler weiß von dieser Aeußerung Bernhards nichts, und wenn er ganz allgemein sagt, man habe gegen meinen Bruder nichts vorbringen, so spricht er eine auf Beobachtungen begründete Thatsache aus. Du sagtest ja selbst vorhin, daß Du wegen Bernhard in

man nun glauben muß, darüber nichts zu sagen wußte, entfernte sich der Geheimagent Halpert dermaßen, daß er mit geballter Faust auf ihn losschlug und für zehn Minuten in eine „Geheimzelle" setzte, über deren Charakter wir leider nichts Genaues sagen können. Hierauf inquirirte ihn ebenso resultatlos ein General, sodann ging es wieder in die „Geheimzelle" und eine Weile später in einen kalten, dunklen Bodenraum, wo Kotomkin eine Stunde zubrachte. Nach einer im allgemeinen Arrestanten-Raum verbrachten Nacht begann abermals ein energisches Verhör in der „Geheimzelle". Da Kotomkin verstockt blieb, geleitete ihn der Geheimagent Proskurin in ein Zimmer, wo sechs Detektiv-Beamte anwesend waren und setzte das Verhör in erwähnter Weise unter Assistenz der Geheim-Agenten Halpert und Sjernko eine Weile fort. Nach dieser Einleitung wurde Kotomkin gezwungen, sich zu entkleiden, wie Wüthende stürzten sich die genannten Detektivs auf ihn, gaben ihm diverse nachdrückliche Fußtritte, daß er zu Boden stürzte, und traktirten ihn mit Faustschlägen. Kotomkin, obgleich zitternd und blutend, blieb dabei, das verlangte Geständniß nicht machen zu können. Auch die Drohung, ihn halbtodt zu schlagen, übte keine Wirkung. Da wird der blutig geschlagene Inquirent zu einer Treppe gezerrt, die in einen höher gelegenen Raum führt. Nichts Gutes ahnend, entschließt er sich, den Befehl des Detektivs zu erfüllen, und giebt zu, daß sein Bruder gestohlene Gegenstände kaufte. Als er das aufgesetzte Protokoll, seiner Sinne kaum mächtig, unterzeichnet hat, kann er seines Weges ziehen. In seiner Wohnung bricht er zusammen. Der zu Rath gezogene Arzt konstatirt einen Rippenbruch und starke Anschwellungen am Kopf. Auf der Anklagebank saßen gestern die drei genannten Detektivbeamten. Von den Geschworenen schuldig erklärt, wurde Halpert zu einjähriger Gefängnißstrafe mit Verlust einiger Rechte, Proskurin wie auch Sjerenko zu viermonatlicher Gefängnißhaft verurtheilt.

Großbritannien.

Daß auch in der englischen Provinz Wales die agrarsozialistische Agitation schon größere Dimensionen angenommen hat, erhellt aus einem großen Meeting, welches in London über die walisische Landfrage abgehalten wurde und bei welchem Mr. Michael Davitt (Irländer) der Hauptredner war. Derselbe bemerkte, daß die gegenwärtige Klasse von Abgeordneten schon sehr verschieden von jener sei, die noch vor Kurzem im Parlament gesessen hätte, und er rieth den Grunddeftzern an, die möglich besten Bedingungen zu gewähren, ehe eine Klasse von Gesetzgebern gewählt werde, die noch vorgeschrittener als die jetzige sei, weil sie alsdann möglicher Weise gar keine Schadloserhaltung erlangen würden. Dem walisischen Volke ertheilte Mr. Davitt den Rath, mit den Landbesitzern ganz und gar kein Abkommen zu treffen, sondern für die Abschaffung des ganzen Landlordsystems (Großgrundbesitz) zu agitiren. Zum Schluß theilte Mr. Davitt mit, daß Mr. Parnell bereit sei, jede radikale Reformmaßregel für Wales zu unterstützen, vorausgesetzt, daß von walisischen Mitgliedern die Initiative ergriffen werde.

Der Exekutiv-Ausschuß des internationalen Schiedsgerichts-Vereins nahm in seiner letzten Sitzung die nachstehende Resolution an: „Der Ausschuß protestirt im Namen des Vereins mit Abscheu gegen die barbarischen und ungerechtfertigten Hinrichtungen von Kriegsgefangenen die in Ober-Birma stattgefunden haben, und erklärt, daß das Erschießen von Gefangenen, deren einziges Verbrechen in dem Widerstande gegen die Invasion ihres Vaterlandes bestand, den Kriegsgebräuchen zuwider und eine flagrante Verletzung des Völkerrechts ist, was die Ehre und den Ruf Englands unter anderen Nationen ernstlich kompromittiren dürfte. Eine formelle Untersuchung sollte entweder durch Fragen im Parlament oder auf andere Weise angeregt werden, damit die Militär- oder Zivilbehörden, die für diese Rechtsmorde verantwortlich sind, ermittelt und vor einem zuständigen Gerichtshofe zur Rechenschaft gezogen werden können."

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat nachstehenden Abänderungsentwurf zum Reichswahlgesetz eingebracht:

Artikel I.

§ 1 des Wahlgesetzes erhält folgende Fassung:

Wähler für den deutschen Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das einundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

Artikel II.

§ 3, Nr. 3, wird, wie folgt, abgeändert:

3. Personen, die in öffentlichen Armenanstalten unterhalten werden.

Artikel III.

§ 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die Zahl der Abgeordneten wird nach Maßgabe der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 festgesetzt und ist eine bezügliche Gesetzesvorlage sofort einzubringen, sobald das amtliche Resultat dieser Volkszählung ermittelt ist.

Artikel IV.

§ 10 des Wahlgesetzes erhält folgende Fassung:

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt, die von dem Wähler in einem amtlich gestempelten Umschlage dem Wahlvorstande verschlossen zu übergeben und von diesem in Gegenwart des Wählers unverzüglich in die Wahlurne niederzulegen sind.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein. Ihr Format muß den Umschlägen entsprechen und darf nicht größer sein als diese.

Artikel V.

§ 11 des Wahlgesetzes erhält folgenden Zusatz:

Jedem Wähler, der in die Wählerlisten aufgenommen ist, muß vor Auflegung derselben (§ 8) ein zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmter Umschlag zugestellt werden.

Die Umschläge müssen von starkem, undurchsichtigem Papier angefertigt, mit dem Stempel des Wahlkommissars versehen und für jeden Wahlkreis völlig gleichartig beschaffen sein.

Wähler, welche einen amtlichen Stimmzettelumschlag nicht erhalten haben, sind auf Reklamation durch die zuständige Behörde mit einem solchen zu versehen.

Amtlich gestempelte Umschläge sind am Wahltage innerhalb des Wahllokals in genügender Anzahl für die Wähler vorräthig zu halten.

Artikel VI.

§ 14 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

Der Wahltag muß ein Sonntag sein.

Die Stichwahlen sind am zweiten dem Wahltage folgenden Sonntage vorzunehmen.

Artikel VII.

In § 16 des Gesetzes ist hinter den Worten: „Die Kosten für die" einzuschalten:

„amtlich zu liefernden Stimmzettelumschläge, für die."

Artikel XIII.

§ 17 Abs. 2 des Gesetzes erhält folgende Fassung:

Die Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben sind für alle Vereine, Versammlungen und Wahlkomitee's, die zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten gebildet werden, für die Zeit von der Ausschreibung bis zur Beendigung der Wahl aufgehoben.

Artikel IX.

Im Reglement sind die aus vorstehenden Bestimmungen sich ergebenden Aenderungen vorzunehmen.

Insbesondere ist einzuschalten:

1. hinter § 1, daß jedem Wähler nach Maßgabe der Wählerliste ein amtlich gestempelter Stimmzettelumschlag spätestens bis zum Tage der Auslegung der Wählerlisten zuzustellen ist;
2. hinter § 9 die Bestimmungen über die Ausgabe der von Staatswegen zu liefernden Stimmzettelumschläge;
3. in § 18 hinter Abs. 1 die Bestimmung, daß, wenn ein Stimmzettelumschlag mehrere auf verschiedene Namen lautende Stimmzettel enthält, alle ungiltig, wenn mehrere auf einen Namen lautende Stimmzettel, nur einer giltig ist.

Endlich sind folgende Bestimmungen neu aufzunehmen bezw. zu verändern:

4 in § 7 Abs. 3 hinter „3 500" die Worte: „und weniger als 500" einzuschalten;
5. in § 34 Abs. 1 statt „sofort" zu setzen: „binnen 3 Monaten" und statt „zu veranlassen" zu setzen: „vornehmen zu lassen";
6. in § 34 Abs. 3 statt „1 Jahr" zu setzen: „6 Monate".

Berlin, den 15. Februar 1886.

Auer. Bebel. Blos. Bock (Gotha). Dietz (Hamburg). Frohme. Geiser. Grillenberger. Harm. Hasenclever. Heine. Kayser. Kräcker. Liebknecht. Meister. Pfannkuch. Rödiger. Sabor. Schumacher. Singer. Stolle. Viereck. v. Vollmar. Wiemer.

— Nunmehr ist dem Landtage bereits die 4. Polenvorlage zugegangen. Es ist ein Entwurf, betreffend die Anstellung der Impfärzte in der Provinz Posen. Derselbe lautet:

§ 1.

Die Anstellung der Impfärzte erfolgt durch den Staat. Die bereits angestellten bedürfen der Bestätigung des Staats.

§ 2.

Die Remuneration der Impfärzte bedarf der Bestätigung der Regierung.

Erachtet die Regierung die von den Kreisen den Impfärzten zugebilligte Remuneration nicht für ausreichend, so setzt sie dieselbe anderweit fest.

Gegen diese Festsetzung steht den Kreisen die Beschwerde im geordneten Instanzenwege zu. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 3.

Die diesem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 12. April 1875, betreffend die Ausführung des Reichsimpfgesetzes (Gesetzsamml. S. 191), sind aufgehoben.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft.

Dem Entwurfe ist folgende Begründung beigegeben:

Zu § 1.

Nach den von dem Bundesrath in der Sitzung vom 18. Juni 1885 genehmigten Beschlüssen der Impfkommission (Nr. 3 der Drucksachen des Bundesraths für 1885) soll die Bestellung der Impfärzte durch die Staatsbehörde erfolgen, das öffentliche Impfgeschäft vorzugsweise den beamteten Aerzten übertragen werden und die Remuneration der Impfärzte der Bestätigung der Staatsbehörde bedürfen.

Für diese Beschlüsse ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß bei der großen Bedeutung der Impfung für die öffentliche Gesundheitspflege und bei der besonderen Sorgfalt, welche das Impfgeschäft erfordert, das staatliche Aufsichtsrecht die richtige Auswahl der Impfärzte und eine angemessene Besoldung derselben unbedingt gewährleisten muß.

In Ausführung dieser Beschlüsse wird eine Abänderung des Gesetzes vom 12. April 1875, betreffend die Ausführung des Reichsimpfgesetzes, für den ganzen Umfang der Monarchie vorbereitet.

Inzwischen bedarf es einer sofortigen neuen gesetzlichen Regelung der Anstellung der Impfärzte für die Provinz Posen, weil dort das Bestreben sich geltend macht, unter Zurückstellung sachlicher Erwägungen die Wahl und die Anstellung der Impfärzte den polnischen Interessen dienstbar zu machen.

Zu § 2.

Wird die Anstellung der Impfärzte gemäß § 1 des Gesetzes dem Staate übertragen, so ist Vorsorge für den Fall zu treffen, daß die Kreise es ablehnen, dem Impfarzt eine angemessene Remuneration zu bewilligen. Es empfiehlt sich deshalb, die Festsetzung der Remuneration an die Bestätigung und eventuelle anderweite Abmessung durch die Regierung zu knüpfen.

Lokales.

Der Staatssekretär des Reichspostamts v. Stephan hat an die Handelsvorstände ein Zirkular erlassen, worin er lebhaft beklagt, daß gerade die aus kaufmännischen Kreisen herrührenden Briefe u. s. w. der Post zu Klagen über Unvollständigkeit der Adressen besondere Veranlassung geben. Es sei dringend zu wünschen, daß die Geschäftswelt zu besseren Gewohnheiten bei Herstellung der Briefaufschriften übergehe. Sehr beachtenswerth sind folgende Gesichtspunkte des Zirkulars: „In vielen Fällen ist der Absender nicht im Stande, eine genauere, den Anforderungen entsprechende Aufschrift der Sendungen herzustellen, da der Empfänger es vorher unterlassen hatte, die nöthigen Angaben hierzu zu liefern. Dies trifft namentlich in ganz besonderem Maße für den Handelsstand zu. Denn es wird in Deutschland im kaufmännischen Verkehr noch immer nicht allgemein die gewerbsmäßige Uebung befolgt, in der Unterschrift oder im Vordruck am Kopfe der Geschäftsbriefe, Wechsel, Rechnungen, Ankündigungen, auf der Außenseite der Briefe u. s. w. der Firmenbezeichnung eine Angabe über die Lage der Wohnung resp. der Geschäftsräume des Absenders nach Straße und Hausnummer hinzuzufügen. Es gilt dies vorzugsweise von den Inhabern kleinerer Geschäfte, von neu entstandenen und weniger bedeutenden Firmen. Um den Anschein zu erwecken, als sei ihr Geschäft ein allgemein bekanntes, vermeiden derartige Geschäftsinhaber nicht selten absichtlich, in ihrem Briefverkehr neben ihrer Firmenbezeichnung eine nähere Angabe zu machen. Hinzu kommt, daß in der Geschäftswelt vielfach die irrthümliche Ansicht besteht, die in das Handelsregister eingetragenen Handelsfirmen hätten ein Vorrecht auf die Empfangnahme der Postsendungen mit unbestimmten Aufschriften. Ein solches Vorrecht besteht indeß nicht und kann ohne Schädigung begründeter Rechte anderer Empfänger und schon mit Rücksicht auf die gebotene Wahrung des Briefgeheimnisses nicht eingeräumt werden. In diesen Verhältnissen ist allerdings nicht der alleinige Grund für die mangelhafte Beschaffenheit der Briefaufschriften zu suchen. In vielen Fällen liegt ein unmittelbares Verschulden der Absender vor, welche ihrerseits sich nicht immer hinreichende Mühe geben, die richtige Adresse der Empfänger zu ermitteln und anzuwenden. Die Versender von Drucksachen, enthaltend Ankündigungen und Geschäftsanzeigen verschiedener Art für Beamte, Offiziere u. s. w. entnehmen oft deren Namen u. s. w. veralteten Adreßbüchern, Beamtenkalendern, Ranglisten u. s. w. und ziehen es vor, die Wohnungsangabe in der Aufschrift ganz wegzulassen, in der Annahme, daß die Empfänger inzwischen die Wohnung geändert haben könnten. Ja es wird vielfach von den Auftieferern die Wohnungsangabe absichtlich unterlassen, weil die Herstellung von Briefaufschriften mit Nennung der Straße und Hausnummer mehr Zeitaufwand erfordert. Besserung in diesen Verhältnissen kann nur herbeigeführt

---

ruhe wärest, Du hattest es wenigstens auf der Zunge, es zu sagen, und das veranlaßte mich, zu sprechen. Im Uebrigen —"

Hier trat ein Diener ein und überreichte dem Hausherrn eine Karte. (Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

* **Ein wirklich schönes Fest** war der vom Fachverein der Drechsler, Knopfarbeiter und verwandten Berufsgenossen Berlins in der Urania, Wrangelstr. 9—10, veranstaltete Wiener Maskenball, welcher am Sonnabend, den 13. d M., stattfand. Ueber vierhundert Personen, von denen die Mehrzahl in geschmackvoller oder origineller Maskirung erschienen war, füllten Saal und Galerie bis auf den letzten Platz. Nachdem der Tanz bis 12½ Uhr gewährt hatte, hob sich zum Beginn der Kaffeepause der Bühnen-Vorhang und ein phantastisches Zigeuner-Lager mit allen dazu gehörigen Requisiten wurde sichtbar. Bei bengalischer Beleuchtung lagerten in gut arrangirten Gruppen Männer, Weiber and Kinder. Ein vom Gesangverein „Schneeglöckchen" gesungenes Waldlied leitete die Szene ein, diesem folgte in ununterbrochener Reihenfolge die Produktion der aus Künstlern zusammengesetzten Truppe, Sängerinnen, Tänzer, Gymnastiker, Geigenvirtuosen, Jongleure in bunter Reihenfolge, die Zuschauer beständig zu neuen Beifallssalven ermunternd. Mit dem Verspeisen der im Kessel brodelnden Eisbeine, welche eine alte Zigeuner-Großmutter vertheilte, und einem Schlußgesang des vorgenannten Vereins endete diese in der Szenerie und Ausführung gleich gut gelungene Ueberraschung. Von Interesse dürfte es noch sein, daß mit Ausnahme von zwei Damen sämmtliche Mitspieler Mitglieder des Fachvereins waren. Einen wahren Beifallssturm rief ferner das Auftreten der aus drei Herren bestehenden „Wollini Corteß-Truppe" hervor, welche sich in den schwierigsten Leistungen der Parterre-Gymnastik produzirte. Ein dreimaliger Hervorruf und Lorbeerkränze waren der Dank für die anerkennenswerthe Leistung. Dann wurde wieder den Tänzerinnen und Tänzern ihr Recht und erst am frühen Morgen verließen die letzten Gäste das Lokal.

Ein Verhafteter im Gefängniß verbrannt. In Schweidnitz ist in der Zelle des Polizeigefängnisses Feuer ausgebrochen und der einzige Insasse derselben, ein am Nachmittage wegen animirter Stimmung verhafteter Brennereipächter Reich aus Guttmannsdorf, nach entsetzlichen Hilferufen erstickt und verbrannt. Das Feuer ist vermuthlich dadurch entstanden, daß der Verhaftete, dem die Streichhölzer nicht abgenommen worden waren, sich in der Finsterniß mit einem Streichholz Licht machen wollte, wobei das Strohlager Feuer fing. Der Verhaftete hatte an dem Tage einen Sühnetermin in Ehescheidungsangelegenheiten, und es war eine Aussöhnung zwischen den Ehegatten erfolgt. Die Entrüstung über den unglücklichen Vorfall und den Zustand des Polizeigefängnisses ist, wie die „Schweidnitzer Ztg." schreibt, in Schweidnitz eine allgemeine.

Die Herstellung eines Tunnels unter der Meerenge von Messina scheint ihrer Verwirklichung näher gerückt zu sein. Der Mangel einer bequemen und schnellen Verbindung zwischen Kalabrien und Sizilien hat sich besonders seit der Ausdehnung der Eisenbahnen in Süd-Italien und Sizilien empfindlich fühlbar gemacht. Man hatte deshalb schon 1879 einen unterseeischen Tunnel herstellen wollen, dann aber den Plan gefaßt, eine feste Brücke über die Meerenge zu bauen und eine Eisenbahnfähre mit Seilbetrieb anzulegen. Neuerdings ist man wieder auf den Tunnel zurückgekommen und es ist die Erlaubniß zur Vornahme der Vorarbeiten ertheilt worden. Die Länge des eigentlichen Tunnels würde in gerader Linie rund 4300 m betragen. Die Kosten der ganzen Anlage sind auf 71 Millionen Frants berechnet worden. Für Fertigstellung des Tunnels werden mindestens 4½ bis höchstens 6½ Jahre in Anspruch zu nehmen sein.

Das Zurückweichen der Niagarafälle. In den Jahren 1841 und 1842 konstatirte der Ingenieur Charles Lyell, daß die Niagarafälle durch Unterwaschen der Sohle stetig zurückweichen, und zwar seiner Schätzung nach um jährlich einen Fuß. Die vom Staate New-York zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Kommission ist nun aber in Bezug auf die Dimensionen des Zurückweichens zu einem wesentlich anderen Resultat gelangt als Ch. Lyell. Nach den Plänen, welche der Ingenieur Thomas Evershed im Jahre 1883 zusammengestellt hat, hatte in einem Zeitraum von 41 Jahren das jährliche Zurückweichen im Durchschnitt 6½ Fuß betragen, während der letzten 8 Jahre sogar 16½ Fuß. Diese Ergebnisse beziehen sich auf den kanadischen Arm des Falles, während der amerikanische Fall in dem 41jährigen Zeitraum um 10 Fuß pro Jahr zurückwich. Durch die Untersuchungen stellte es sich übrigens auch heraus, daß beide Fälle in der Vorzeit vereinigt gewesen sind.

Ueber die Waldverwüstungen durch Eisenbahnen, wie sie sich in Amerika in erschreckender Weise kundgeben, verbreitet sich der Ingenieur Herrmann Claudius in ausführlichen Berichten für die „Zt. d. V. d. Eb. V." — Wir entnehmen folgendes daraus: „Mit den habgierigen Unternehmern wetteifern die Bahnen selbst, die Waldungen zu zerstören. Die Gräser werden hier sehr lang und schnell reif; die Lokomotiven haben meist offene Aschenkasten und selten Funkenfänger. Des Nachts meint man einen Hochofen oder Bessemer Konverter zu sehen, und doch ist es nur eine mit hoher Dampfkraft dahin eilende Lokomotive; man schätzt den Verlust an unverbrannten Kohlen, welche durch den Schornstein emporgeschleudert werden, auf 12 pCt. Nun denke man sich die Wirkung solch' glühender Anthrazitmassen, welche durch den Wind seitwärts in das dürre Gras getrieben werden: das Auge gewahrt in der trockenen Jahreszeit, wohin es auch blickt, Brände — selbst die Schwellen brennen oft. Unweit der Reparaturwerkstätte zwischen Newark und Jersey-City giebt es ungeheure Sümpfe mit langen Schilfgräsern — diese brennen im August und auch im Frühjahr lustig ab, ehe die neuen Schosse kommen. Voriges Jahr sah ich eines Morgens auf der Fahrt nach Menlo-Park das Feuer in bedenklicher Nähe einiger Eisenbahnwaggons, welche auf einem Seitengeleise standen; als ich Abends zurückkehrte, konnte ich die Trümmer dieser Waggons noch brennen sehen. In den Gärten von mehreren hundert Schritt seitwärts der Bahn liegender Häuser brennt es, und fast jede Telegraphenstange trägt unten Brandwunden. Jedes Jahr sah ich dicht hier bei Menlo-Park, nach Wetuchen zu, den Wald brennen; das Feuer entstand durch Funkenflug. Das ganze Unterholz der hübschen kleinen Wälder bei Rakway, Linden und Elizabeth ist niedergebrannt — die während des Sommers nachwachsenden Schößlinge fallen regelmäßig den Bränden im Herbst zum Opfer. In großen Wäldern aber greift das Feuer, oft von Orkanen angefacht, schnell um sich und zuweilen brennen viele hunderte Quadratmeilen schönsten Waldes in wenig Tagen nieder!"

Ein seltener Fall. Aus Marseille, 9. Februar, schreibt man der „Frankf. Ztg.": „Zur Konskription in Saumur stellten sich am Montag die Drillinge Chevalier aus dem Kanton Gennes. Laut Gesetz ist von zwei Brüdern der ältere frei, wenn der Jüngere tauglich befunden wird. Da nun die Drillinge schon einen älteren Bruder beim Militär haben, so wird dieser frei, aber es fragt sich, welcher der Drillinge für ihn Soldat werden soll. Unter den Drillingen selbst muß dann noch ein Zweiter Soldat werden, aber es fragt sich wiederum, welcher. Die Verlegenheit über die Regelung dieses seltenen Falles ist groß.

werden, wenn im Publikum die Ueberzeugung Platz greift, daß dasselbe in erster Linie die Verpflichtung habe, die Aufschriften so bestimmt und vollständig abzufassen, daß über die Person des Empfängers Zweifel nicht aufkommen können.

Der Winter erfreut sich ob seines Verhaltens seit Beginn dieses Jahres allgemeinster Anerkennung. Seit langer Zeit hat er sich nicht so verständig benommen, wie seit sieben Wochen. Gerade kalt genug um die Eisbahnen in Permanenz zu erklären, hat er es fertig gebracht, was ja als ein Kunststück ersten Ranges betrachtet werden kann, es im Allgemeinen Allen recht zu machen. Einige Geschäftsbranchen, die von einem kalten Winter vollständig abhängen und demnach auf eine ganze Reihe trostloser Saisons zurückblickten, haben sich wieder tüchtig erholt. Der Pelzhandel hat noch nach Neujahr einen solchen Aufschwung genommen, daß die gehegten Erwartungen sich vollständig erfüllt haben. In einigen anderen Artikeln, deren Absatz in innigstem Zusammenhange mit dem Stande des Thermometers sich befindet, ist vollständig geräumt worden. Schlittschuhe sind so flott verkauft worden, daß von den billigeren Qualitäten bis zu 4 und 5 M. fast kein Paar mehr am Markte ist und die Fabriken Aufträge nur in eine hinausgeschobene Lieferungszeit annehmen. Eis wird in ungeheuren Quantitäten gefahren. Es wird im Sommer sehr billig sein. Am meisten aber haben die Kohlenhändler Ursache, mit der Witterung zufrieden zu sein. Holz, Kohlen, Briquettes, Koaks — fast sollte man sich fürchten, das letztere Wort niederzuschreiben oder auszusprechen — finden ununterbrochenen Absatz. Mit dem Worte Koaks hat es aber eine besondere Bewandtniß in diesen Wochen. Es wirkt wie ein Stichwort auf den Schauspieler, kaum ist es unvorsichtiger Weise ausgesprochen, so fällt sicherlich irgend Jemand in der Umgebung singend mit dem neuesten Berliner Volkslied ein: „Mutter, der Mann mit dem Koaks ist da." Für diejenigen, welche bisher das Vergnügen entbehrten, das „neue Lied" zur Orgelbegleitung von der Stimme des Hofmusikanten vorgetragen zu hören, sei hinzugefügt, daß es nach der Melodie von „Er soll dein Herr sein" aus Gasparone gesungen wird. Das Lied von dem Mann mit dem Koaks ist schon zum geflügelten Liede geworden. Man singt es in Gesellschaften, an Stammtischen, auf dem Theater. Berlin wachte eines Morgens auf und es war da. Es hat den Schunkelwalzer vollständig verdrängt. Es ist alleinherrschend geworden, und so blöde es auch ist, es entfesselt überall ungemessene Heiterkeit. Unsere Leser wissen, wie wir die Entstehung des schönen Liedes erklärt haben. Ein junges Mädchen, die eben noch in den Tönen des Gasparone-Walzers geschwelgt hatte, erblickt plötzlich den Kohlenmann. Sie will es pflicht schuldigst der Mutter melden, aber die süße Melodie hat sie vollständig gefangen genommen und da sie sich nicht unterbrechen will, ruft sie es der Mutter im andern Zimmer singend zu: „Mutter, der Mann mit dem Koaks ist da!" „Schweige man stille, det weeß ich ja!" antwortete die Mutter ebenfalls singend und nach einer Weile, immer in der Melodie beharrend „Hast Du denn Geld?" „Hab' ich denn Geld?" Und zum Schluß dringend: „Wer hat den Mann mit den Koaks denn bestellt?" Das war der erste Vers, den Nachbarn auf dem gemeinsamen Flur lauschend schnell weiter verbreiteten. Die folgenden Strophen sind erst hinzugedichtet worden, nur die erste ist spontan entstanden. Es muß dem Leser überlassen bleiben, je nachdem er sich das Verhältniß zwischen Mutter und Tochter vorstellt, sich auch darüber ein Bild zu machen, ob das musikalische Zwiegespräch elegisch und trauernd über den Mangel an Geld geführt wurde, oder ob die Mutter, ein Außerachtlassen ihrer Autorität und das selbstständige Bestellen des Koaks rügend, die Tochter auszankte. Der geehrte Leser halte diese Quellenstudien nicht für überflüssig. Wenn man den ganzen Tag das neue Lied hört, so will man doch das „Warum" und „Weshalb" wissen. Auch die späteren Generationen, auf die Dank der Druckerschwärze alle diese Blüthen des Berliner Humors vererbt werden dürften, haben ein Interesse, die Genesis desselben kennen zu lernen. Außerhalb Berlins, wo der hauptstädtische Witz eben als „schnodderig" verschrien worden ist, wird man ihn Dank unserer Aufklärung vielleicht eher für harmlos halten. — Jedenfalls aber ist auch dieses Lied eine Frucht dieses Winters und seiner anhaltenden Kälte. Ohne das häufige Erscheinen des Kohlenmannes würde es nicht so schnelle Verbreitung gefunden haben.

Nach Fertigstellung der Markthallen wird unter andern auch der Wochenmarkt auf dem Dönhofsplatz aufhören, und soll dieser Platz dann, wie bereits mitgetheilt, mit Schmuck-Anlagen versehen werden. Die städtische Park-Deputation hat nun zwei Projekte zu diesen Schmuck Anlagen ausgearbeitet und solche dem Magistrat zur Entscheidung vorgelegt. Beide Projekte hat der Magistrat indessen verworfen, da in denselben Uebergänge über den Platz in seinen Diagonalen nicht vorgesehen sind. Die Projekte werden daher der Park- und Garten-Deputation zur Aenderung wieder zugehen und ihr zugleich zur Erwägung anheim gegeben werden, ob nicht, wenn auch gerade kein Spielplatz, so doch wenigstens ein Platz zum Aufenthalt für Kinder in dem neu zu entwerfenden Projekte vorgesehen werden kann.

Das seltene Fest der goldenen Hochzeit begeht, wie die „Allgem. Fahr-Ztg." mittheilt, am 3. April ds. Js. das Fr. Welitz'sche Ehepaar, Bellealliancestr. 83, Hof part., wohnhaft. Der Jubilar ist am 29. September 1805 zu Pelzig, Kreis Saldin, geboren und erfreut sich, mit Ausnahme der Hände, noch einer seltenen körperlichen Rüstigkeit. Er war ca. 17 Jahre in der Kuhnheim'schen Fabrik als geschäftlicher Kutscher, später bei dem jetzt verstorbenen Fuhrherrn und Rentier Nürnberg und zuletzt beim Fuhrherrn Strecczcelinski in der Möckernstraße als Droschkenkutscher beschäftigt. Im Ganzen 43 Jahre, während welcher Zeit er die Straßen Berlins fahrend durchkreuzte, bis ihm vor zwei Jahren seine Hände den Dienst versagten. Seine Ehefrau, mit der er seit dem 3. April 1836, an welchem Tage der Bund der Ehe in der Jerusalemerkirche für's Leben geschlossen wurde, alle Stürme und Widerwärtigkeiten tapfer überstanden hat, ist am 30. März 1810 in Gr.-Magnow geboren, also um fünf Jahre jünger. Dieselbe kränkelt schon seit einigen Jahren und ist hier mildthätigen Menschen eine schöne Gelegenheit zum Wohlthun geboten, damit den alten Leuten ihre letzten Tage wenigstens noch versüßt werden.

Mit Bezug auf das von uns veröffentlichte Inserat eines Herrn in Emden, der für die Hüte der Damen bestimmte Vögel einkauft, wird folgendes geschrieben: „Der Handel mit Vogelbälgen bezw. Federn, welche ausschließlich zur Ausschmückung der Damenhüte bestimmt sind, wird in Berlin durch mehrere Engros-Firmen in sehr schwungvoller Weise betrieben. Der Besuch eines solchen Vogellagers ist recht interessant. In großen Säcken, Ballen, Kästen und Kisten sind dort die gefiederten „Sealer der Lüfte" aus allen Zonen und Gegenden der Welt zu Tausenden aufgestapelt. Die Arten, von welchen nicht der ganze Körper zu Markt gebracht, sind wenigstens durch Köpfe, Flügel, Schwänze oder einzelne Federn vertreten. Von den deutschen, durch buntfarbiges, helles oder glänzendes Gefieder ausgezeichneten Vögeln fehlt fast kein einziger, selbst der Sperling ist eine gesuchte Größe, denn ein mächtiger Waarenballen, in welchen wir einen kühnen Griff thun dürfen, enthält nur — Sperlingsköpfe; nach einer oberflächlichen Schätzung waren es mindestens 10 000 Häupter des „Gassenbuben unter den Vögeln", die hier still bei einander lagen. Ebenso massenhaft kommen Lerchenköpfe, Rebhuhn- und Taubenflügel in den Handel, hieran schließen sich die zahlreichen Möven und andere Seevögel, Fasanen, Dohlen, Raben, Eisvögel, Drosseln, Specht, Häher, Schneehuhn, Schnepfe, die in vollständigen Exemplaren oder nur theilweise Verwendung finden; daß Pfauen und Haushähne nicht fehlen, ist selbstverständlich, aber auch verhältnißmäßig seltene Vögel, wie Auer- und Birkhahn sind in großen Mengen vorhanden. Der penetrante Geruch verschiedener Konservirungsmittel deutet allerdings darauf hin, daß sich in den Vorräthen auch ältere Jahrgänge finden, die von der herrschenden Moderichtung einstweilen bei Seite gedrängt sind und auf günstigere Konjunktur warten müssen. Die herrlichsten und strahlendsten Vogelbälge und Federn entstammen der heißen Zone Afrikas, von dort findet ein bedeutender Export statt. Eine Hauptbezugsquelle ist aber Rußland, das einen erstaunlichen Reichthum schöner Vögel entfaltet und den Fang derselben, wie es scheint, in großartigem Maßstabe betreiben läßt. Es ist kein Geschäftsgeheimniß, daß alle diese Thiere um der Damenhüte willen ihr Leben lassen mußten, denn die nordischen Vögel, deren Bälge oder Federn zu Mänteln, Muffen oder Besätzen verwendet werden, bilden zu jenen Millionen lieblicher Sänger einen geringen Prozentsatz.

„Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts." Wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, existirt in fast allen größeren Städten seit längerer Zeit eine polizeiliche Verordnung, wonach kaufmännische Geschäfte, welche das Publikum unter der Devise: „Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes" und durch andere ähnliche verlockende Manipulationen zum Kaufen anzureizen suchen, einer verschärften Kontrole unterzogen werden, weil derartige Geschäftsführungen nur zu oft auf schwindelhafter Basis beruhen und oft nur auf eine Täuschung des kaufenden Publikums berechnet sind. Derartige polizeiliche Verordnungen werden gewiß von jedem redlich denkenden Bürger und Geschäftsmann mit Freuden begrüßt werden. Denn fragen wir uns nur einmal, durch welche Kniffe und Kunstgriffe gewöhnlich, oder doch wenigstens sehr häufig, man in solchen Geschäften das Publikum zum Kaufen zu bewegen sucht, und wie dann in der That nur zu oft die Gutmüthigkeit und Leichtgläubigkeit der Käufer, welche sich in solchen Fällen, was bei der ganzen Sache das Empörendste ist, besonders aus dem armen Arbeiterstande rekrutiren, schnöde ausgenutzt und hintergangen wird. Zunächst sucht man die Leute durch die Angabe: „Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes!" aufmerksam zu machen. Jeder denkt natürlich sogleich, dort einmal recht billig kaufen zu können, weil das Lager möglichst schnell — denn der Geschäftsinhaber versichert dieses ja — geräumt werden muß, und so beeilen sich denn manche, besonders aber solche, die billig kaufen müssen, weil es ihnen an Geld mangelt, um von dem Ausverkaufe mitzuprofitiren. Aber was muß man sehen! Der Ausverkauf zieht sich Monate, oft sogar Jahre lang hin, und obwohl flott verkauft wird, will das Lager nicht verschwinden. Man könnte an eine wunderbare Waarenvermehrung denken, wenn nicht zuweilen einige Leute, die es in der Dunkelheit der Nacht gesehen haben wollen, eine ganz natürliche Erklärung dafür gefunden hätten. Wie lockt man nun aber besonders die ärmere Klasse zum Kaufen an? Sehr einfach. Da die Leute im Augenblick nicht viel baares Geld übrig zu haben pflegen, so gewährt man ihnen einen Kredit von drei Monaten — doch von drei Monaten, das wäre ja viel zu wenig, nein man gewährt neun Monate, ja sogar zwölf Monate Kredit, Alles nur, damit man sie doch ja zum Kaufen bewege. Natürlich müssen die armen Leute für diese Vergünstigung sich es auch gefallen lassen, daß ihnen die schönen Waaren nach kurzer Zeit in Fetzen vom Leibe fallen. Und wehe dann, wenn der Zahlungstermin verstrichen ist, und das Geld noch nicht gezahlt wurde. Während die schönen Kleidungsstücke längst an den Lumpenhändler verkauft sind, kommt schon der Gerichtsvollzieher! Unterdessen wird immer weiter ausverkauft und und weiter geramscht, und immer neue Schaaren kommen heran, um immer und immer wieder hineinzufallen. Doch keine Stimme erhebt sich dagegen, der ordentliche und reelle Kaufmann schweigt, weil es ihm zu schmutzig ist, sich mit Vertretern von solcherlei Ramschprinzipien einzulassen; der hineingefallene Käufer aber schweigt, um sich zu dem erlittenen Schaden nicht noch obendrein lächerlich zu machen; denn wer den Schaden hat, der braucht für den Spott nicht zu sorgen. Dieses zur Beherzigung für Viele. Daß es neben den geschilderten Arten von Ausverkäufen nicht auch ehrlich gemeinte geben kann und giebt, soll natürlich nicht behauptet werden.

Auf der Insel Pichelswerder giebt es seit einer Reihe von Jahren wilde Kaninchen, die sich eine Zeit lang sehr vermehrten, vielfach den Boden untergruben und im Winter, wenn Schnee lag, die jungen Bäume beschädigten. Man stellte ihnen sehr nach. Ein Berliner fing verschiedene mit Hilfe eines Freitchens, das die Kaninchen sehr fürchten und fliehen. Es wurde in den Kaninchenbau geschickt und vor diesen ein Netz gestellt, in welches die Kaninchen dann hineinliefen. Auch sind im vorigen wie in diesem Winter vom Grunewald vielfach Füchse nach Pichelswerder über das Eis gekommen und haben unter den Kaninchen sehr aufgeräumt.

g. **Die Rache des Miethers.** Dem in einem Hause der Königstraße 50 wohnenden Handschuhmacher F. sind die seit einer Reihe von Jahren von ihm bewohnten Räume am 1. Januar cr. gekündigt worden, weil ein Konkurrent dem Hauswirth einige hundert Mark mehr Miethe geboten hatte. Der Wirth fragte zunächst bei F. an, ob er vom 1. April ab jährlich 750 M. Miethe mehr zahlen wolle, was F. jedoch ablehnte. Hierauf vermiethete der Wirth den Laden an den Konkurrenten des F. Um nun allen Leuten mitzutheilen, wie der Wirth an ihm gehandelt, hat F. ein großes gedrucktes Plakat in seinem Schaufenster angebracht, das u. A. besagt: „Ich bin von einem Nachbarn ausgemiethet worden, indem der Wirth des Hauses die Ladenmiethe inkl. Miethssteuer um 800 Mark jährlich erhöht hat."

g. **Die Frage, ob der Wirth eines Hauses einen Miether exmittiren lassen kann,** weil er einen als Lagerraum gemietheten Keller später als Wohnraum benutzt hat, ist gestern zur richterlichen Beurtheilung gekommen. Der Kistenmacher K. miethete im Jahre 1884 einen Keller zum Aufbewahren fertiger Kisten. Als er später vom Hauseigenthümer die Erlaubniß erhielt, diese Kisten unter einen Schuppen auf dem Hofe stellen zu dürfen, ließ K. in den Keller einen Ofen setzen und benutzte den Keller als Wohnraum, was von dem Hausverwalter auch gestattet wurde. Bei der im Oktober v. J. stattgehabten anderweiten Besetzung der Hausverwalterstelle kam die Angelegenheit zur Kenntniß des Eigenthümers und, gestützt auf eine Bestimmung des Kontrakts, wonach der gemiethete Raum nur zu dem vorher angegebenen Zweck benutzt werden darf, beantragte der Wirth beim Gericht die Räumung der betreffenden Lokalitäten. Der Gerichtshof (königl. Amtsgericht I, Abth. 40) stellte zunächst fest, daß der Verklagte den Raum bereits seit anderthalb Jahren als Wohnraum benutzt, daß der vorige Verwalter des Hauses hiervon Kenntniß gehabt und dagegen keinen Protest erhoben hatte. Dagegen beantragte der Rechtsbeistand des Klägers Verurtheilung nach den kontraktlichen Bestimmungen. Diesem Antrage konnte sich der Gerichtshof nicht sofort anschließen und gab schließlich seine Zustimmung zu einem weiteren Antrage des Anwalts, für die Sache einen neuen Termin anzuberaumen.

Das Polizeipräsidium, gezeichnet von Richthofen, erläßt folgende Bekanntmachung: Aus Anlaß des Bockbier-Ausschanks in den Räumen der Bockbrauerei auf dem Tempelhofer Berge haben in den letzten Jahren mannigfache, die Gebote des Anstandes, der Sitte und Ordnung in bedenklichster Weise verletzende Ausschreitungen stattgefunden. Dieser Unfug kann im Interesse der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Sittlichkeit nicht geduldet werden. — Das Polizeipräsidium bringt deshalb hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß während des diesjährigen Ausschanks von Bockbier in der Bockbrauerei auf dem Tempelhofer Berge wie in allen übrigen Ausschanklokalen das Begleiten der Musik mit wüstem Gebrüll oder Gesang, das gemeinsame Absingen von Liedern, Johlen, das Aufschlagen mit Stöcken oder Bierkrügen auf die Tische, das Werfen mit Eiern, das Blasen auf sogenannten Radauflöten und dergleichen Ungehörigkeiten unbedingt zu unterbleiben haben und Zuwiderhandlungen hiergegen aus § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs als grober Unfug behufs strafrechtlicher Ahndung zur Anzeige gebracht werden. Die Aufsichtsbeamten, welche in genügender Anzahl in dem Ausschanklokale anwesend sein werden, sind angewiesen, gegen Exzedenten unnachsichtlich einschreiten und dieselben event zwangsweise aus dem Lokale zu entfernen. Das Polizeipräsidium hegt das Vertrauen, daß diese Warnung eine einsichtsvolle Beachtung Seitens des Publikums finden und daß durch ein verständiges und angemessenes Verhalten des letzteren die Beseitigung des vorbezeichneten Unfugs ohne Anwendung von Zwangsmitteln und ohne Herbeiführung von Bestrafungen gelingen wird.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die brotlosen Arbeiter Erfurts haben an die Stadtväter eine Petition gerichtet, in welcher sie um Arbeit ersuchen. In der Petition heißt es, daß sie mit Weib und Kind neben der Winterkälte Hunger leiden müßten. Daß die Noth in Erfurt wirklich groß sein muß, geht schon daraus hervor, daß die Petition nicht unberücksichtigt blieb. Das Stadtverordnetenkollegium bewilligte vorläufig die Summe von 1000 M. zu Unterstützungen und beschloß, einen Theil der ehemaligen Festungswerke niederlegen zu lassen. — Man sieht, daß fast im ganzen Lande mehr oder weniger Nothstand herrscht.

Das „Gewerbeblatt aus Württemberg", herausgegeben von der königl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, bringt in seiner Nr. 5 l. J. eine kurze Mittheilung über die Verwaltungsergebnisse des gewerblichen Stiftungsfonds. Derselbe wird von der königl. Zentralstelle verwaltet. Die Zinsen dieses Fonds sind zur weiteren Ausbildung bedürftiger Handwerksgehilfen bestimmt und sollen namentlich zu Reisen ins Ausland in Beträgen von nicht weniger als 40 Mark und nicht mehr als 85 Mark als Unterstützung ausgetheilt werden; in Ermangelung empfehlenswerther Handwerksgehilfen können auch Handwerkslehrlinge in die Stipendien eingesetzt werden. — Es kreißen die Berge, und ein lächerlich Mäuslein wird geboren; der Fonds mit dem hochklingenden Namen zeichnet sich durch Leistungen aus, deren — negative Natur über jeden Zweifel erhaben ist. Was bedeutet eine Summe von 40 bis 85 Mark als „Unterstützung" zu Ausbildungszwecken? So gut wie gar nichts. Wie weit in die Fremde wird ein stipendiirter Peter kommen? Kaum über die schwäbischen Grenzmarken hinaus.

Preissteigerung der Hauptnahrungsmittel. Die Steigerung wird in agrarischen Kreisen „im Interesse der Landwirthschaft" immer geleugnet. Aber dennoch ist sie vorhanden. Man sehe sich nur folgende Tabelle an, nach welcher die Durchschnittspreise betrugen:

	für Roggen	für Kartoffeln	für Rindfleisch	für Butter
1821—1830	100	100	100	100
1831—1840	116	106	108	110
1841—1850	141	137	118	121
1851—1860	184	153	144	150
1861—1870	174	180	175	186
1871—1880	156	242	233	213

Die Lohnsteigerung auf dem Lande hat mit der Steigerung der Hauptnahrungsmittel kaum Schritt gehalten. Deshalb brauchen die Herren Agrarier wahrlich keine Klagelieder zu anstimmen.

Zum Kapitel der Unfälle. Betrachtet man die Vertheilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage, so findet man, daß der Sonnabend derjenige Tag ist, an dem sich durchgängig die meisten Unglücksfälle ereignen. Diese Thatsache ist bereits von den englischen Fabrikinspektoren festgestellt worden. Auch unsere deutschen Gewerberäthe haben sich veranlaßt gesehen, auf diesen Gegenstand einzugehen. So berichtet z. B. der Zwickauer Fabrikinspektor, daß nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre die Unfälle auf die einzelnen Wochentage sich folgendermaßen vertheilen:

Sonntag . . .	5,29 pCt.	Donnerstag . . .	16,48 pCt.
Montag	15,50 „	Freitag	15,40 „
Dienstag	14,99 „	Sonnabend . .	16,80 „
Mittwoch . . .	15,14 „	unermittelt . . .	0,80 „

„Hiernach", heißt es in dem Bericht, „erscheint der Sonnabend, entsprechend den Erfahrungen in anderen Bezirken, derjenige Tag der Woche, an welchem die meisten Unfälle zu vorkommen pflegen, was dadurch begründet sein dürfte, daß während des Ganges der Maschinen Putzarbeiten vorgenommen werden, um nach Einstellung des Betriebes so schnell wie möglich mit denselben fertig zu sein." — Aber wem ist die Schuld? — so fragen wir. Der Arbeiter soll eben die Arbeit gratis, zu Gunsten des Unternehmers verrichten und deshalb beeilt er sich, noch während die Maschine im Gange ist, diese für ihn oft so folgenschwere Verrichtung vorzunehmen.

Die kaufmännische Frage zeigt sich immer deutlicher als natürlicher Bestandtheil der sozialen Frage. Ein grelles Schlaglicht auf die Lage der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen wirft folgende Mittheilung des Organs der Nürnberger Arbeiter, die „Fränkische Tagespost". Derselben wird geschrieben: „Weiße Sklaven. Wie sich heutzutage viele Prinzipale die geordneten sozialen Verhältnisse zu Nutzen zu machen wissen, wenn es gilt, Verträge mit ihren Angestellten abzuschließen, ist aus manchem krassen Beispiele bekannt geworden; aus einem solchen Opus, welches vor einigen Tagen eine bekannte hiesige Wäschefirma ihren Angestellten vorlegte, wurden Schreiber dieses nachfolgende Bestimmungen bekannt, welche allerdings nur eine kleine Blumenlese aus den zahlreichen Paragraphen sind. Vor Allem verpflichtet sich der oder die Unterschreibende, ein Jahr der Firma und deren Interessen nach jeder Richtung hin mit Treue und Gewissenhaftigkeit zu dienen. Also für ein Jahr Entäußerung seines Selbstbestimmungsrechtes! Die Firma hat dagegen das Recht, nach Belieben zu entlassen, wenn eine angestellte Person sich nicht jederzeit zum Denunzianten der anderen Angestellten, welche sich geschäftliche Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, hergiebt. Was diese geschäftlichen Unregelmäßigkeiten sind, ist nicht gesagt. Ein Jahr nach Austritt aus dem Geschäfte ist dem Unterschreibenden bei 500 M. Konventionalstrafe verwehrt, in ein ähnliches Geschäft einzutreten oder ein solches selbst zu errichten im Umkreise von 10 Stunden. Jede angestellte Person hat eine Kaution von 100 M. zu leisten, zur Sicherstellung der Einhaltung des Vertrages; die Firma ist berechtigt, sich an dieser Kaution schadlos zu halten. Statt der bisher nach Abschluß der Inventur gewährten Gratifikationen wird den Angestellten, welche sich über ein Jahr im Geschäft in Kondition befinden, alljährlich ein Urlaub von 14 Tagen gewährt, die Dauer jeder Versäumniß aber während der Dauer jedes Jahres wird von dem Urlaube abgezogen; den Urlaub krank zu werden, darf sich deshalb bei Verlust des Urlaubes Niemand erlauben. Die meisten der Angestellten sollen den Unterschrift unter diesen Mustervertrag verweigert haben und werden deshalb entlassen. Hier scheint es sich sehr nothwendig zu erweisen, daß die Gesetzgebung durch Bestimmungen über das Vertragswesen oder richtiger Unwesen regelnd eingreife. Solche Verträge bedeuten nicht mehr und nicht weniger als eine unverfälschte Kontraktsklaverei. Und doch regt sich in der großen Masse der jungen Kaufleute, trotzdem die kaufmännische Reservearmee beständig wächst, noch immer nicht das kräftige Bewußtsein, daß sie so gut wie der Fabrikarbeiter, wie irgend ein gewerblicher Gehilfe zu den Lohnarbeitern gehören und daß ihre Interessen mit denen der Arbeiterklasse identisch sind. Es wäre sehr zu wünschen, daß allerorts das strammere Vorgehen der Berliner „Freien Organisation junger Kaufleute" Nachahmung findet.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 41. Donnerstag, den 18. Februar 1886. III. Jahrg.

Streiks.

Im Verlauf dieses Jahres werden, wie sich heute schon mit Sicherheit voraussagen läßt, eine Reihe von Arbeitseinstellungen eintreten, und zwar allem Anschein nach solche von größeren Dimensionen, die empfindliche wirthschaftliche Erschütterungen nach sich ziehen dürften. In einigen Gewerken ist die Arbeitseinstellung zur gelegenen Zeit schon beschlossene Sache, was gewissen Spießbürgern jetzt schon Kopfzerbrechen und auch Kopfschmerzen macht.

Es bedarf wohl keiner tiefsinnigen Untersuchungen, um zu der Einsicht zu kommen, daß die so häufigen Arbeitseinstellungen keine willkürlichen Aktionen seitens der Arbeiter sind, sondern daß sie mit Naturnothwendigkeit sich aus dem heutigen Produktionssystem entwickeln. Diesem System wohnt heute die Tendenz inne, durch Vervollkommnung der technischen Mittel immer mehr Arbeitskräfte überflüssig zu machen und zugleich die Arbeitskräfte des Einzelnen möglichst auszunutzen. Diesen „Segen" schafft die vielgepriesene „freie Konkurrenz", oder, etwas praktischer ausgedrückt, der „freie Wettbewerb der Kräfte". Es ist erklärlich, daß der Preis der Arbeit sinkt, so bald diese Tendenz sich kräftig geltend machen kann; sowie Arbeitskräfte in großer Zahl überflüssig werden, muß die Arbeitskraft ungemein billig sein. Aus diesem Zustand ergiebt sich der permanente Nothstand unter den arbeitenden Klassen, der sich heute überall fühlbar macht und auf die Konsumtion so ungünstig zurückwirkt, daß Handels- und Geschäftskrisen sich in beinahe regelmäßigen Zwischenräumen wiederholen.

Die Sehnsucht der Arbeiter, sich aus diesem Zustand zu befreien und sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, braucht keiner näheren Erläuterung; sie ist die natürliche Konsequenz unserer wirthschaftlichen Verhältnisse. Allein, was sollen die Arbeiter anfangen? Die Gesetzgebung ist ihnen bis jetzt nur wenig oder gar nicht zu Hilfe gekommen, die herrschenden Klassen haben es verstanden, die innerhalb der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter unternommenen Verbesserungsversuche abzuweisen oder auf die lange Bank zu schieben. Die sog. Errungenschaften auf dem Gebiet der Arbeitergesetzgebung, die in der That herzlich geringfügig sind, beziehen sich nur auf die Versicherung, nicht aber auf die Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt. Was ist erklärlicher, als daß die Arbeiter einen Stützpunkt suchten? Sie fanden ihn in jener Stärke, den die Organisation, die Vereinigung gewährt.

Daß die Vereinigungen der Arbeiter zu dem Mittel der Arbeitseinstellung greifen, ist sonach keine Wirkung irgend einer Agitation; sie haben einfach keine andere Wahl, wenn sie überhaupt eine Besserung ihrer Lage erstreben wollen. Dies einzusehen ist wahrlich nicht schwer; trotzdem giebt es aber immer noch eine Menge von engherzigen Philistern, die sich nicht ausreden lassen, jede Arbeitseinstellung sei eine Folge „sozialistischer Wühlereien", und die deshalb auch den kleinsten Streik zu einem Haupt- und Staatsverbrechen stempeln möchten. Sie vergessen ganz, daß die Gewerbeordnung des Deutschen Reichs die Arbeitseinstellung als Mittel zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausdrücklich anerkennt, eine Konzession, die man seiner Zeit den Arbeitern gemacht hat, um damit auch die unumschränkte Befugniß der Arbeitgeber zum Arbeitsausschluß zu begründen, wie sie in der Gewerbeordnung gleichfalls enthalten ist.

Wenn man sich nun fragt, was die Bedeutung der Streiks in der heutigen Arbeiterwelt ist, so muß man zugestehen, daß die Arbeitseinstellung allerdings eine sehr brauchbare Waffe für den Arbeiter abgiebt, daß diese Waffe aber stumpf wird, wenn sie allzuoft in Gebrauch kommt. Die deutschen Buchdruckergehilfen haben das erfahren. Sie verdankten ihren gut organisirten und geleiteten Arbeitseinstellungen eine Reihe von glänzenden Erfolgen, welche die ganze Arbeiterwelt, soweit sie am öffentlichen Leben theilnahm, seiner Zeit mit Staunen und mit frohen Hoffnungen erfüllten. Später aber erlitten die Buchdrucker Mißerfolge; sie unternahmen Dinge, die über ihre Kräfte gingen, und der Rückschlag trat ein.

Die Arbeitseinstellung muß sonach, wenn sie für den Arbeiter Erfolg haben und günstig wirken soll, entsprechend organisirt sein; zum anderen müssen die äußeren Verhältnisse entsprechend liegen. Ein mißlungener Streik kann oft durch ein halbes Dutzend glücklicher nicht wieder gut gemacht werden. Verzweiflung, Demoralisation, Abfall, und, was das Schlimmste wohl sein mag, Gleichgiltigkeit gegen alle zeitgemäßen Bestrebungen treten ein, wenn eine Arbeitseinstellung unglücklich endet.

Unsere Stellung zu den Streiks ist demnach eine sehr einfache:

Wir wissen, daß Streiks nothwendig und berechtigt sind, wir verwerfen aber entschieden leichtsinnig unternommene und schlecht durchgeführte Streiks.

Dabei darf man nicht unterschätzen, daß die durch Streiks erreichten Vortheile gewöhnlich nur vorübergehende sind. Aber die Arbeiterklasse muß immer bestrebt sein, vorwärts zu kommen; sie muß begreifen, daß der Tropfen den Stein höhlt.

Das sind Alles alte Dinge, kann man sagen. Gewiß, aber wir wollten auch nichts Neues sagen. Wir wollten nur betonen, daß bei solchen wirthschaftlichen Kämpfen die kühle Ueberlegung und Berechnung maßgebend sein müssen. Hier darf weniger das Herz als der Kopf leitend wirken. Wäre das immer der Fall gewesen, so wären die Arbeiter auch schon viel weiter als jetzt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher.

Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Graf Moltke. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch wird der Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, und das Haus tritt sofort in die erste und eventuell zweite Berathung des Antrags Hasenclever auf Gewährung von Reisekosten und Diäten an die Mitglieder des Reichstags ein.

Abg. Hasenclever (Soz.-Dem.): Wir haben diesen früher von der deutschfreisinnigen Partei wiederholt eingebrachten Antrag diesmal dem Hause vorlegen zu müssen geglaubt, obwohl wir selbst noch vor 4 oder 5 Jahren uns der Abstimmung, da sie keine Aussicht verhieß, enthielten. Diesmal ist, nachdem die deutschfreisinnige Partei auf ausdrückliche Anfrage erklärte, gar nicht an einen Antrag zu denken, für uns der preußische Fiskus der Karnickel geworden, der angefangen hat. Anfangs glaubte ich allerdings, die deutschfreisinnige Partei scheue sich wegen der Diätenprozesse, aber durch die Rede des Abg. Traeger hat sie sich ja ebenso rückhaltlos zu einem sogenannten Diätenfonds bekannt wie wir. Nur dieser Diätenfonds ist der Grund unseres heutigen Antrages. In der Form unterscheidet er sich gar nicht von dem früheren deutschfreisinnigen. Er ist ebenso durchweg vom Reichstag angenommen, wie er durchweg vom Bundesrath abgelehnt wurde. Die Diätenlosigkeit soll eine Korrektur des allgemeinen Wahlrechts sein. Dann hätte aber das letztere gar keinen Sinn, denn die Heranziehung der untersten Klassen zur Wahl hat nur dann einen Sinn, wenn auch die Vertretung derselben nach allen Richtungen hin gesichert ist. Ist dies nicht der Fall, so kommt mir dies vor wie politische Heuchelei und Unmoralität. Der Hinweis auf England und Frankreich ist ohne alle Bedeutung, da die Wahlen dort mit den unsrigen nicht verglichen werden können. Indessen unser Parteiwachsthum hat uns gezeigt, daß die Diätenlosigkeit auf unsere Wähler ohne Einfluß ist. Ich würde aber die Frage gar nicht zum Austrag bringen, wenn nicht der Fiskus mit seinen Diätenprozessen vorgegangen wäre. Diese sollen dazu benutzt sein, die Korrektur des allgemeinen Stimmrechts wieder zu korrigiren. Wenn das Reich Diäten verweigert, so sagt sich der Wähler, wir müssen unseren Gewählten doch auch in die Lage versetzen, unsere Interessen zu vertreten. Daß auch die Konservativen früher, wenn auch in anderer Form, Diäten gezahlt haben, steht fest. Warum hat denn der Herr Geheimrath Wagener sein Rittergut Dummerwitz von der Partei erhalten? Aber wir sind ja im Einverständniß mit dem Bundesrath und Herrn v. Boetticher, welcher die Eisenbahnfreikarten für uns unterzeichnet. Art. 32 hat eben durchaus keine andere Wirkung, als daß von Reichswegen keine Diäten gezahlt werden, ganz abgesehen davon, daß die Eisenbahnfahrkarten den Charakter von Almosen haben, weil der Geber das Recht in Anspruch nimmt, sie alle Zeit beschneiden zu können und sie auch beschnitten hat. Auch die Geschworenen sorgen unter einander für schadlose Ausübung ihrer Pflicht durch Bildung von Geschworenenvereinen. Die Herrenhausmitglieder erhalten ja auch Diäten und seit 3 bis 4 Jahren Eisenbahnfreikarten. Damals ging das Gerücht, man gebe die Eisenbahnkarten, um die Herren geneigter zu machen für das Staatseisenbahnsystem. Ich glaube das ja nicht, aber, wenn man solche Gedanken uns unterlegt, warum sollen wir dies nicht auch gegen die Mitglieder des Herrenhauses thun dürfen? Bis vor zwei Jahren hat kein Mensch Anstoß an solchen Parteidiäten genommen, bis plötzlich der Reichskanzler, ich glaube, nach einer Rede des Abg. v. Minnigerode, der gesagt hatte, man verkaufe sich einer Partei, wenn man Diäten annehme, bemerkte, daß er in einem solchen Fall sich an den Staatsanwalt wenden werde. Es scheint ihm dies nicht geglückt zu sein; und darum hat er durch den preußischen Fiskus die Diätenprozesse anstrengen lassen, die wahrhaftig nicht geeignet sind, das Ansehen der Richter im Volksbewußtsein zu heben. In sieben dieser Prozesse wurde der Fiskus bekanntlich in erster Instanz zurückgewiesen; da fährt plötzlich, ehe noch die Prozesse in die zweite Instanz gelangt waren das sogenannte Kanzlerblatt dazwischen und giebt den Oberlandesgerichten förmlich eine Direktive, nach welcher sie urtheilen sollten. Allgemein hat man den Eindruck, daß diese Artikel nur einen Druck auf die Oberlandesgerichte ausüben sollen. Einen ähnlichen Artikel, in dem es hieß: „nun soll es uns mal wundern, wie jetzt die Gerichte entscheiden werden", brachten bald darauf die „Berliner Politischen Nachrichten". Die bekannten Deduktionen nun, auf welche die beiden Obergerichte, die bis jetzt mit der Sache sich beschäftigt haben, sich stützten, laufen nur auf eine weitere Beschränkung des Wahlrechts hinaus. Allein der große Aufwand, den der Aufenthalt in Berlin verursacht, würde ganze Klassen der Bevölkerung vom passiven Wahlrecht ausschließen, und nur Mitglieder der oberen Zehntausend würden noch Abgeordnete werden können, wenn die Annahme von Privatdiäten verboten wird. Ich will nicht definitiv sagen, daß die Oberlandesgerichte sich haben beeinflussen lassen durch solche Aeußerungen. Aber man mußte erschrecken, daß in beiden Oberlandesgerichten, in Breslau und Naumburg, wenigstens der Ton der „Norddeutschen" widerklang. Dies gerade erschüttert das Vertrauen des Volks in die Gerichte, ein Vertrauen, welches schon durch die traurigen Majestätsbeleidigungsprozesse im Jahre 1878 stark ins Wanken gekommen war. Der Richterstand steht nicht mehr so intakt da wie früher. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn wir nun keine Diäten mehr empfangen dürfen, was wollen Sie denn dann sagen, wenn das Volk vielleicht eine Bebel-, Liebknecht-, Hasenclever-Spende einrichtet? (Große Heiterkeit.) Sie kriegen uns nicht unter; das sind abenteuerliche Hoffnungen. Ich sage Ihnen, Herr v. Boetticher, das sind keine schönen Gedanken; solche muß man nicht in das Volk hineinbringen. Mit Onkel Bräsig sage ich: „Wir sind der Polizei noch über." Wir finden immer Thore und Ausfallswege. So klug wie die Polizei sind wir auch noch; und dabei sind wir noch in der günstigen Lage, die Angegriffenen zu sein, und zwar von der preußischen Staatsgewalt und dem preußischen Fiskus, diesem undenkbaren Ding. (Große Heiterkeit rechts.) Beleidigt man uns, nun so sind unsere Wähler nur um so stolzer auf uns, wenn wir durch eine solche Presse angegriffen werden. Sie werden uns doppelt Dank wissen, und wenn der Reichstag aufgelöst wird, so kommen wir nicht mit 24, sondern, um den Wunsch des Herrn Reichskanzlers zu erfüllen, mit 36 Mann hierher. (Heiterkeit rechts; sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Abg. v. Köller: Na! Na!) Herr von Köller, daß Sie auf Ihren landräthlichen Kreis Einfluß haben, daran zweifle ich nicht, wir aber haben Einfluß auf das Volk, weil es weiß, daß wir für das arbeitende Volk kämpfen, dulden und leiden. (Ruf rechts: „Dulden und leiden!" Heiterkeit.) Nun glaubt man schließlich sogar noch, durch die Klagen auf uns persönlich Eindruck ausüben zu können, weil es nicht recht wäre, solche Parteidiäten zu empfangen, aber da sind wir — um mit Herrn v. Köller zu reden — viel zu abgebrüht dazu. (Abg. v. Köller ruft: „In meinem Leben nicht gesagt!"), na, oder so was Aehnliches. (Heiterkeit.) Die Empfangnahme der Parteidiäten, die von den Arbeitern abgedarbten Groschen, ist die einer Ehrengabe, auf die wir, ich und meine Kollegen, stolz sind. Wir wissen, daß sie freiwillig gezahlt werden, denn die Arbeiter sind überzeugt, daß wir die Vertreter ihrer guten und gerechten Sache sind.

Der Assistent.

Ein Lebensbild von B. Herwi.

(Nachdruck verboten.)

„Hier, Nummero 7 und Nummero 8" —

„Ist nicht nöthig, wir gehören zusammen, aber können Sie uns keine niedrigere Nummer geben, daß wir eher an die Reihe kommen? — Wir sind von auswärts und haben so wenig Zeit." —

„Es geht nach der Reihe, Madame, da kann ich Ihnen nicht helfen — das hat der Herr Professor 'mal so befohlen, da darf ich keine Ausnahme machen — bitte, hier ist das Wartezimmer."

Lautlose Stille herrschte in dem weiten Gemach, trotzdem eine Anzahl Kranker mit ihren Begleitern darin versammelt waren; alte Herren, Frauen mit Kindern und junge Mädchen. Jeder saß stumm an seinem Platze, auch die Letztgekommenen Damen nahmen, ohne ein Wort zu sprechen, Besitz von zwei Sesseln, die Aeltere, die vorher die ominöse Nr. 7 bekommen hatte, trommelte aber bald energisch mit den Fingern auf dem gemalten, eleganten Tisch; die Andere, vermuthlich die Tochter, ein liebliches, bleiches Mädchen mit leicht gewelltem braunem Haar und großen, trübe ins Zimmer blickenden blauen Augen, hielt die Hände leicht gefaltet, von Zeit zu Zeit hob ein tiefer Seufzer ihre Brust.

„Wie fatal, das Warten", meinte die Mutter, „wir hätten uns anmelden lassen sollen, da wären wir gleich angenommen."

„Werde nicht ungeduldig, liebe Mama," entgegnete die sanfte Mädchenstimme, „mir ist die kleine Pause eine rechte Erholung, es ist mir ganz bange ums Herz, was der Herr Professor sagen wird."

„Er wird Dir helfen, mein Kind, nicht umsonst ist er so berühmt und so beliebt, zu dem Manne kann man schon Vertrauen haben, unbedingt thue ich, was er sagt; bist ja meine Einzige und kann schon was drauf wenden. Aber sieh nur, Annchen, diesen prachtvollen Tisch." —

„Daß ist gewiß ein Geschenk einer dankbaren Patientin." —

„Und sieh nur die Bilder, ach Annchen, die schöne weiße Gruppe." —

„Ein Amor, Mutterchen, mit dem Pfeil."

„Ach, die Figur hier, die ist noch schöner, schade, da haben sie der hübschen Frau den Arm abgebrochen, gewiß beim Umzug."

„Nein Mutterchen", berichtigte Anna leise, „das muß so sein, das ist eine Venus."

„Eine Venus und so entzwei, na das ist auch was Neumodisches — wer war denn die?"

„Eine Liebesgöttin, Mutterchen."

„Liebesgöttin," murmelte die Frau, „alles Unsinn, so etwas muß man den Menschen gar nicht in den Kopf setzen, — hast Du das auch in der Pension gelernt? Alles Unsinn, mein Kind! — Heut zu Tage heißt's nur praktisch sein, sich um Haus und Küche kümmern, hübsch das Seine verwalten, gute Ziegel brennen zu lassen, wie bei uns zu Hause, und dann für gehörigen Absatz sorgen, — ach, Annchen, wenn Du doch ein Einsehen haben wolltest!"

„Mutter, Mutter, nicht hier, nicht so laut, die Leute werden ja aufmerksam," bat das gequälte Mädchen. —

Es war mittlerweile leerer im Zimmer geworden. Mit mehr oder minder befreiten Mienen waren die Abgefertigten aus des Arztes Zimmer gekommen. Ungeduldig lief die Mutter mit großen Schritten im Zimmer auf und ab, hier den Staub auf der Lampenglocke mißbilligend betrachtend, dort die Blumen auf dem Tisch ordnend, — am liebsten hätte sie gleich Symmetrie in das vernachlässigte Bücherspind gebracht. „So 'ne rechte Gelehrtenwirthschaft," murmelte sie, „da ist keine Ordnung, kein Zug darin, hab's ja immer gesagt, nein, mit einem Gelehrten darf mir Niemand kommen."

Anna hörte die leis gesprochenen Worte und zuckte schmerzlich zusammen.

„Wenn ich bitten darf, meine Damen."

Da waren sie nun im Heiligthum des großen Gelehrten. Ein weites, halb verhülltes Zimmer — das Auge mußte sich erst an die Dämmerung gewöhnen — ein Tisch, bedeckt mit Instrumenten, stand in der Mitte; der berühmte Arzt, eine sympathische Persönlichkeit mit wohlwollenden klugen Zügen trat ihnen entgegen.

Im Hintergrunde des Zimmers, am unverhängten Fenster saß ein junger Mann, mit dem Ordnen von Instrumenten beschäftigt.

„Ich will mich Ihnen nur gleich vorstellen, Herr Professor," begann die resolute Dame, — ich bin die Ziegeleibesitzerin Hermsdorf aus der Nähe, — dies hier ist meine einzige Tochter Anna." —

Der junge Mann im Hintergrunde des Saales erhob sich fast ungestüm, er schien den Raum verlassen zu wollen, aber, als besänne er sich schnell eines Besseren, nahm er geräuschlos seinen Platz wieder ein, scheinbar eifrig mit der Arbeit beschäftigt.

„Mein Mann ist lange todt — ich habe die Sorge allein für Wirthschaft und Erziehung, aber, mein lieber Herr Professor, ich möchte lieber zwei Wirthschaften verwalten, als eine Tochter erziehen." —

„Mutter" —

„Laß mich nur reden, Annchen, der Herr Professor muß Alles wissen. Nun hatte ich das Kind also in die Pension geschickt, frisch und vergnügt ging sie hin, und nach zwei Jahren kam sie wieder, — in sich gekehrt und blaß — da hatte sie gewiß viel zu viel gelernt, — und nun sollte sie sich um die Wirthschaft kümmern und nachher meinen Verwalter heirathen."

Annchen saß mit tief gesenktem Kopf — der Professor lächelte. „Ein lieber, netter Mensch, Herr Professor, nicht mehr ganz jung, aber noch in den besten Jahren, voller Interesse für die Wirthschaft, so ein rechter, verständiger Mann, der gewiß gut zur Anna sein wird, — Alles war so schön zurecht gelegt, da kommt das Mädchen und sagt nein."

„Aber gute Mutter, wozu das Alles."

„Lassen Sie nur, mein Fräulein," beruhigte der Professor das erregte Mädchen — „das ist mir Alles wichtig genug, — habe ich einen Blick in die umgebenden Verhältnisse und in das Seelenleben meiner Patienten gethan, so ist's mir oft viel leichter, die körperlichen Beschwerden zu be-

Bei uns wird es nicht gemacht, wie bei der Sammlung für die Bismarck-Spende in Bochum und Dortmund, welche unter der Vorspiegelung einer Sammlung für die Alterversorgung der Arbeiter inszenirt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da können wir stolzer sein, bei uns wird nichts vorgespiegelt, dessen bedürfen wir nicht. Ich bitte Sie, den von uns gestellten Antrag anzunehmen und dem erschütterten Rechtsgefühl im Lande eine Stütze zu geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Reichspartei): Der Vorredner hat, abgesehen von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", nichts Neues zur Sache vorbringen können. (Abg. Pfannkuch: Gerade wie bei der Währungsfrage! Heiterkeit links.) Meine politischen Freunde und ich meinen, daß die Diätenlosigkeit von Anfang an seitens der Regierung beabsichtigt war. Wie die Fortschrittspartei es aufgegeben hat, diesen Antrag zu wiederholen, so glauben wir, daß es in der That für die Würde und das Ansehen des Reichstags nicht nützlich ist, wiederholt mit Anträgen zu kommen, deren Erfolglosigkeit von vornherein vorher zu sehen ist. (Beifall rechts.) Wenn der Abg. Hasenclever sich bezüglich der Diäten so scharf gegen den Reichskanzler wendet, so sollte er seine Worte lieber gegen den Abg. v. Stauffenberg richten, welcher über Parteidiäten das Schärfste gesprochen hat, was überhaupt gesprochen werden kann. Wir werden wie früher gegen den Antrag stimmen.

Abg. Meyer (Halle): Den auf die freisinnige Partei bezüglichen Ausführungen des Antragstellers gegenüber kann ich bestimmt erklären, daß unser Standpunkt zur Diätenfrage heute derselbe ist wie früher. Wir halten unerschütterlich an unserer Ansicht von der Nothwendigkeit fest, daß die Reichsregierung die Reichsinstitutionen in dieser Weise ergänze. Wir halten uns aber nicht für verpflichtet, in jedem Jahre den Antrag zu wiederholen. Im vorigen Jahre hatten wir zur Einbringung einen bestimmten Anlaß; er war gewissermaßen die Antwort auf die durch den Bundesrath angeordnete Abänderung bezüglich der Benutzung der Eisenbahnfreifahrtskarten. Heut zu Tage haben wir keinen besonderen Anlaß; im Gegentheil wünschen wir, daß die Diätenprozesse erst ablaufen und die Luft durch Entscheidung über dieselben gereinigt werden möchte. Dann wird sich Gelegenheit zu einer Kritik bieten und man wird erwägen können, ob es recht ist, daß, wenn ein als ehrenhaft bekannter Mann und Beamter sagt, er beziehe keine Diäten, man ihn dennoch durch Zeugen einer Unwahrheit zeihen will. Die Reichsverfassung ist nicht unabänderlich für ewige Zeiten; sie ist der Ausbildung in diesem Punkte wohl fähig und wird auch später bestimmt entsprechend geändert werden. Weil wir dies wissen, so drängen wir nicht in diesem Augenblick auf Lösung der Frage. Ich habe nur die Vermuthung abwehren wollen, als habe sich in unserer Stellung irgend etwas geändert.

Damit ist die erste Berathung erledigt; in der Spezialdiskussion werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes ohne Debatte angenommen. Gegen dasselbe stimmen die Konservativen, die Reichspartei und ein Theil der Nationalliberalen. Darnach soll Art. 32 der deutschen Reichsverfassung durch folgende Bestimmung ersetzt werden: „Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht darauf ist unstatthaft", und für die Uebergangszeit, bis zum Erlaß dieses Gesetzes der Bundesrath die Höhe der Reisekosten und Diäten festzusetzen berechtigt sein.

Die Tagesordnung ist hiermit erledigt.

Schluß 2 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Sozialistengesetz.)

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 17. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Lucius, v. Goßler und Kommissarien. — Den Präsidententisch schmückt heute ein Blumenbouquet; Präs. v. Köller vollendet heute sein 63. Lebensjahr.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betr. die Anstellung der Impfärzte in der Provinz Posen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Krah, welcher die Gesetze, betreffend den erleichterten Abverkauf kleinerer Grundstücke vom 3. März 1880 und betreffend den erleichterten Austausch einzelner Parzellen vom 13. April 1841, auf die Provinz Schleswig-Holstein ausdehnen will.

Der Antragsteller führt aus, daß sein von Vertretern aller Parteien seiner Heimathsprovinz unterstützter Antrag ein dringendes Bedürfniß für Schleswig-Holstein sei. Wenn der dortige Provinziallandtag einen ähnlichen Gesetzentwurf abgelehnt habe, so könne dies nicht ins Gewicht fallen. Es handle sich hier um ein wesentliches Landeskulturinteresse. Die Arrondirung des Einzelbesitzes komme auch dem Ganzen zu Gute. Eine Schmälerung der Realgläubiger sei durch diesen Gesetzentwurf nicht zu fürchten, dagegen dürfe man von demselben eine gründliche Ordnung des Grundbuch- und Katasterwesens erwarten.

Abg. Dr. Seelig schließt sich diesen Ausführungen an. Das ablehnend Votum des Provinziallandtags sei mehr formaler Natur gewesen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Antrages des Abg. Dr. Kropatscheck auf Annahme eines Gesetzes, betreffend die Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten mit denen an Anstalten staatlichen Patronates.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß die Klagen der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten über die Weigerung der Kommunen zur Zahlung des Wohnungsgeldzuschusses das Abgeordnetenhaus fast alljährlich beschäftigt haben. Es sei ja dankbar anzuerkennen, daß der Kultusminister allen seinen Einfluß aufgeboten habe, um die Kommunen zur Zahlung zu bewegen, aber nicht überall habe er Erfolg gehabt. Schon deshalb sei die gesetzliche Regelung dieser Sache nothwendig, außerdem aber auch hinsichtlich der Gleichstellung in den Rang- und Pensionsverhältnissen der Lehrer, wie sie das Haus noch 1884 in einer Resolution befürwortet habe. Der bisherige Zustand, daß Lehrer von gleicher Vorbildung in staatlichen Anstalten den vollen Wohnungsgeldzuschuß, an kommunalen Anstalten einen geringeren oder gar keinen Wohnungsgeldzuschuß bekommen, sei ganz unhaltbar. Sein Antrag komme berechtigten Wünschen der Lehrer nach. Weitergehende Forderungen, wie sie in ganz unqualifizirbarer Form das Abgeordnetenhaus nur zu oft behelligten, seien unerfüllbar und schadeten den Antragstellern selbst. Daß die Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten denjenigen an staatlichen Anstalten gleichstehen, gehe daraus hervor, daß dieselben wählbar seien in die Stadtverordneten-Versammlungen und dienstlich nur den Provinzialschulkollegien unterständen. Die Kommunen hätten nur das Recht der Wahl, allerdings aber auch das der Alzenstion, bei dessen Ausübung sich nur zu oft politische Erwägungen in den Vordergrund gedrängt hätten. Es sei nicht selten vorgekommen, daß Städte ihre Lehrer wegen konservativer Gesinnung nicht aufrücken ließen. (Rufe: wer?) Er, Redner, selbst sei in Brandenburg nicht aufgerückt, weil er angeblich die Primaner zu konservativer Gesinnung verführt haben würde. Er glaube allerdings nicht, daß diese Primaner später in das freisinnige Lager eingegangen seien. Jedenfalls hätten die Kommunen, im Besitz des Wahlrechts, auch die Pflicht, ihre Lehrer in Bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß so zu stellen, wie die Lehrer an staatlichen Schulen. Daß sie die Mittel dazu hätten, sei nicht zu bestreiten. Viele Kommunen hätten auch in dieser Beziehung sehr liberal für ihre Lehrer gesorgt. Sollten aber einige Kommunen diese Pflicht nicht erfüllen können und der Fortbestand der Anstalt im öffentlichen Interesse liegen, so müßte eine staatliche Subvention eintreten. Die Furcht, daß diese Bestimmung zu einer Verstaatlichung der kommunalen Schulen führen werde, könne er nicht theilen. Er bitte, seinen G.-E. einer Kommission zu überweisen.

Abg. v. d. Reck (kons.) hat gegen den G.-E. verfassungsmäßige Bedenken und sieht in demselben einen unberechtigten Eingriff in die Freiheit der Kommunen.

Abg. v. Haugwitz hält den Kropatscheck'schen Antrag für eine einfache Erfüllung der Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Abg. Bachem beantragte für den Entwurf kommissarische Vorberathung in der um sieben Mitglieder zu verstärkenden Budgetkommission. Der Antrag sei in der vorliegenden Form geignet, die Selbstverwaltung der Gemeinden und die Freiheit ihrer Entschließungen bedenklich zu alteriren.

Abg. Seyffardt (Magdeburg): Der Ausspruch des Abg. v. Haugwitz, daß mit der Annahme des Antrags lediglich eine Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit erfüllt werde, kann von den Nationalliberalen nicht ohne Weiteres zugegeben werden. Will man überhaupt von ausgleichender Gerechtigkeit sprechen, so wäre zunächst der Staat an der Reihe, sich seiner Verpflichtungen zu erinnern, nachdem die Kommunen so viel für die Schulen gethan haben. Aber wenn auch durch den Antrag die Kommunen noch mehr belastet werden, so können wir doch seinem Grundgedanken nur Beifall zollen. Zur Beseitigung der namentlich gegen die Form des Antrags zu erhebenden Bedenken schlagen wir die Einsetzung einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern vor.

Abg. Peters (Zentrum) bringt dem Antrag ebenfalls seine volle Sympathie entgegen, hält aber die Erzielung wirklich zufriedenstellender Verhältnisse in der städtischen Lehrerwelt mit dieser Regelung allein und ohne gleichzeitige Regelung der Alzenstionsfrage für unmöglich. Die ungünstige Lage vieler städtischen Gymnasien namentlich in Schlesien sei dem Schulgründungsfieber der Kommunen in den siebziger Jahren zu verdanken, dem auch die Regierungen Vorschub geleistet hätten. Jedenfalls seien zahlreiche Kommunen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit für die von ihnen geschaffenen höheren Anstalten angelangt und seien zu weiteren Opfern unfähig. Schließlich seien doch auch die Kommunen nicht der Gymnasien wegen da; in allen solchen Fällen habe also prinzipiell die Staatssubvention einzutreten. Es werde sich nunmehr fragen, ob die Regierung die Geneigtheit zur Zahlung dieser Subventionen an die nothleidenden Kommunen besitzt. Allzu große Hoffnung dürfe man einstweilen darauf nicht setzen.

Abg. v. Schenckendorff hält die Einsetzung einer besonderen Kommission für um so nothwendiger, als der Antrag in seiner Tragweite sich auch auf alle Nichtvollanstalten auf die Progymnasien, die Real-Progymnasien, die Ober-Realschulen erstrecke, somit in die Materien, deren definitive Regelung nur von einem umfassenden Unterrichtsgesetz erwartet werden könne, sehr tief eingreife.

Abg. Schmidt (Sagan) erklärt namens der Freikonservativen die volle Sympathie mit der den Lehrern an nichtstaatlichen Schulen zugedachten Verbesserung, macht aber namentlich gegen die nach dem Antrage der Regierung zu übertragende unbeschränkte facultas hinsichtlich des Weiterbestehens der in Frage kommenden städtischen Anstalten Bedenken geltend. Zur Vorprüfung werde sich in erster Linie die Unterrichtskommission, eventuell eine besondere Kommission empfehlen.

Abg. Langerhans bezweifelt, daß die Weigerung des Magistrats zu Brandenburg, den Oberlehrer Kropatscheck abzendiren zu lassen, etwa schriftlich mit denjenigen Momenten begründet worden sei, die der Abgeordnete Kropatscheck angeführt habe; es würden wohl andere Gründe vorgelegen haben. Prinzipiell sei die Errichtung und Unterhaltung höherer Lehranstalten Sache des Staates. Wie aber die Sachen jetzt faktisch liegen, müsse man möglichst vermeiden, durch geringere Leistungen für die Lehrer schließlich auch eine Klasse schlechterer Anstalten oder, was dasselbe sei, eine Erschwerung der Gelegenheit zu guter Ausbildung zu schaffen. Deshalb sei der Grundgedanke des Entwurfs als ein guter anzuerkennen. Für die event. Subventionirung müßten aber ganz bestimmte Modalitäten aufgestellt werden, sonst werde lediglich eine weitere Belastung und sogar Schädigung der Kommunen ohne jedes Aequivalent das Ergebniß sein.

Der Gesetzentwurf wird darauf mit großer Mehrheit einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Althaus (4. Kassel), Szuman und von Zakrzewski (9. Posen) und Haniel (8. Düsseldorf) werden für giltig erklärt.

Die Petition des Magistrats der Stadt Hildesheim, betreffend die Reinigung der den Gerichtsbehörden vorzuführenden Gefangenen, über welche die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, wird auf Antrag Bachem an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen; dagegen genehmigt das Haus den Antrag der Justizkommission, die Petition des Polizeiwachtmeisters Kl. und Gen. in Osterode am Harz und in anderen Orten wegen Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten an die als Zeugen in Strafsachen vernommenen Kommunal-Polizeibeamten nach den für die Staatsbeamten gleicher Kategorie geltenden Sätzen, der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 2¾ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Etats der Bau- und Eisenbahnverwaltung.)

Lokales.

Mit Genehmigung des Ministers des Innern sollen 350 Mann der hiesigen Kriminal- und politischen Polizei mit Rücksicht auf die stete Gefahr, in welcher dieselben bei Ausübung ihres Dienstes schweben, mit Revolvern bewaffnet werden. Zu diesem Behufe ist eine Summe von 7000 Mark in den Etat der Polizei-Verwaltung gebracht worden. — Was sonst die Equipirung der Schutzmannschaft betrifft, so erhält jetzt jeder Polizei-Wachtmeister und Schutzmann jährlich: einen Rock, eine Halsbinde, ein Paar Stiefel, ein tuchenes Beinkleid und zwei Paar weiße, wildlederne Handschuhe; alle zwei Jahre ein leinenes Beinkleid; alle vier Jahre einen Paletot und einen Helm. Jeder Polizeiwachtmeister und Schutzmann zu Pferde erhält jährlich einen Rock, eine Halsbinde, ein Paar Kniestiefel, eine Reithose und zwei Paar weiße wildlederne Handschuhe; alle vier Jahre einen Mantel mit Pellerine und einen Helm. In dem neuen Etat ist die Neubeschaffung einer dritten Garnitur Tuch- und Reithosen für die gesammte Schutzmannschaft vorgesehen. Als Aequivalent sollen die für das Etatsjahr 1885/86 beschafften weißen Hosen, welche im Etat verbleiben, bis zum Jahre 1893 auf die Kammer genommen und nur bei besonderen Gelegenheiten ausgegeben werden, während die weitere Lieferung von weißen Hosen bis zu diesem Zeitpunkt unterbleiben soll. — Für Vigilanten wirft der Etat die Summe von 8467 M. aus, d. h. 2125 M. mehr als im Vorjahre. Im Berliner Polizeibezirk sind stationirt: 1 Wachtmeister zu Fuß, 2879 Schutzmänner zu Fuß, 18 Wachtmeister zu Pferde und 220 Schutzmänner zu Pferde, zusammen 3399 Mann. Dazu treten 47 Nachtwachtmeister und 475 Nachtwächter.

Für Fahrstuhlbesitzer. Im Anfang des vorigen Monats verunglückte in einer hiesigen Fabrik ein Arbeiter bei der

---

siegen" — und liebevoll strich er die Wange des erröthenden Mädchens.

„Also bitte, Madame, fahren Sie nur fort."

„Also, Herr Professor, — das Mädel ist und bleibt störrisch, trotz allem Zureden, sie will ihn nicht, sie mag ihn nicht, sie liebt ihn nicht, — ich dringe in sie, da kommt denn die ganze Geschichte heraus, daß sie in der Stadt einen jungen Mann kennen gelernt hat, Bruder der Freundin, einen jungen Arzt, wissen Sie, Herr Professor, — einer von denen, wie sie zu Hunderten herum laufen — denn ehe sie es zu etwas bringen, das dauert 'ne Weile. Der also hat's ihr angethan — Gedichte gemacht und Blumen geschickt — na das kennt man ja. Er liebt sie, sie liebt ihn, gesagt haben sie es sich noch nicht, — das war solch Anschmachten von Weitem, aber einen Andern will sie partout nicht, — na, Blumen schicken und Gedichte machen, — das thut mein Verwalter nun nicht, aber dafür ist er auch ein verständiger Mann, ein gesetzter Mann —"

„Nun, liebe Frau, was kam dann?"

„Na, Herr Professor, und dann ging der Sommer ins Land, und die Anna ward immer elender und elender, zu guter letzt kam noch eine arge Lungenentzündung, weiß der Himmel woher, und unser alter Physikus hat gedoktert und gedoktert, mal ist's auch besser geworden, aber das dauerte wieder nicht lange, dann kamen die Kopfschmerzen wieder, und schwach wurde sie, immer schwächer — mit dem Heirathen ließ ich sie ja nun natürlich in Ruh', erst mußte sie doch auskurirt werden — und so eilig war's auch nicht. Mein Gott, ich bin ja noch nicht so alt, daß ich mich durchaus zur Ruh' setzen muß, — da haben wir denn nun so viel von Ihnen gehört, und da bin ich heut früh mit der Anna hergekommen — hoffentlich finden Sie nun das Rechte heraus." —

„Nun sehen Sie mich einmal an, mein liebes Fräulein, — haben Sie viel geweint?"

„Ja," flüsterte Anna. —

„Geweint?" fragte die Mutter — „ja, wann denn, davon habe ich doch nie etwas zu sehen bekommen" —

„Ach, Mutterchen, wenn ich allein war und spät in der Nacht — ach, ich war so unglücklich —"

„Thränenfistel in höchster Blüthe," konstatirte der Arzt, — nun, mein Fräulein, nur nicht wieder anfangen zu weinen, da laufen die Thränen ja gleich wieder bachweise herab, — o, das müssen wir uns abgewöhnen. Also an den Verwalter denken wir vorerst 'mal gar nicht, — bitte, Herr Kollege, die Lampe mit dem Augenspiegel."

Der Assistent erhob sich, — es dauerte ziemlich lange, ehe er dem Geheiß Folge leistete; — endlich war es so weit, — er trat erregt näher, die Lampe zitterte in seiner Hand, — da traf ihn das volle Licht. Anna sprang wie elektrisirt von ihrem Stuhl empor und blieb mit weit geöffneten Augen starr stehen, jeder Blutstropfen war aus ihrem Gesicht gewichen, — sie wollte sprechen, rufen, doch sie vermochte es nicht, — fast bewußtlos sank sie zurück.

„Otto, Du, — Sie?" stammelte sie.

Die Lampe hatte geklirrt, so unsanft war sie auf den Tisch gesetzt worden, — der Assistent neigte sich zu dem lieblichen, bleichen Mädchen.

„Anna, meine theure, liebe Anna, hab' ich Dich endlich wieder, nun weiß ich doch erst, daß Du mich liebst."

„Na, Gott steh mir bei," murrte Frau Hermsdorf, — „das wird ja hier eine nette Kur werden, — das ist wohl am Ende gar der Herr Doktor selbst."

„Ja, ja, meine liebe, verehrte Frau," bestätigte der wohlwollende Professor, — das scheint mir auch so zu sein. Nun wird mir erst Manches klar, das träumerische Wesen meines jungen Freundes und sein Grübeln. Doktor Köhler ist seit mehreren Monaten mein lieber Assistent, einer der fleißigsten, der geschicktesten Aerzte, die ich je in meiner Umgebung gehabt, nicht einer von den „Hunderten", die in der Welt herumlaufen, — aber wissen Sie was, lieber Kollege," wendete er sich zu dem jungen Mann, „heute wollen wir einmal die Rollen tauschen, heut' sollen Sie der behandelnde Arzt, und ich will der Assistent sein; und während Sie da der kleinen Patientin in die Augen schauen, — will ich Ihnen hier bei der hochverehrten Frau Schwiegermutter assistiren, — still, keinen Dank, — das soll und muß sie werden!"

Und während nun der junge Arzt süße Zwiesprach hielt mit seiner lieblichen Kranken, während deren Augen immer heller, immer fröhlicher, immer glücklicher leuchteten und verstohlene, aber innige Küsse die zarten Hände bedeckten, hatte der liebe, alte Arzt und Menschenkenner der würdigen Ziegeleibesitzerin gravitätisch den Arm gereicht, in die Fensternische geführt und in eindringlichster Weise mit ihr geredet.

„Sie haben Vertrauen zu mir gehabt, verehrte Frau," so hatte er angefangen, „und Sie sollen sich nicht täuschen, ich werde Ihr Kind gesund — und Sie werden es glücklich machen." Und dann hatte er immer herzlicher gesprochen, jeden Widerstand zu besiegen gewußt, man hörte von glänzender Karriere," — „Glück zertrümmern," — „lähmende Augenkrankheit", — „Frau in den besten Jahren", — „Verwalter" — „selbst noch glücklich werden" — irren wir nicht, so war auch ein Handkuß vernehmbar geworden.

Aengstlich hatte die Mutter nach dem jungen Paare geblickt, das sich in völliger Weltvergessenheit befand.

„Nun, wie ist's, Herr Kollege", examinirte der Professor, „ist die Untersuchung beendigt, wie lautet Ihre Diagnose, — haben Sie bereits Mittel gefunden und in Anwendung gebracht?"

Lächelnd schlug er die Fenstervorhänge auteinander, in lieblichstem Erröthen stand das junge Mädchen da. „Nun, meine junge Freundin," fuhr er fort, „ich war inzwischen auch nicht unthätig, und habe eine wichtige Konsultation abgehalten dort mit dem lieben Mütterchen — da haben wir denn folgende Kur verabredet: Fräulein Anna darf noch Tag noch Nacht weinen, darf und soll den Dr. Otto Köhler lieben und muß ihn noch vor Ablauf eines Jahres heirathen, damit endlich die Augenentzündungen aufhören. Zufrieden?"

Anna lag am Herzen der Mutter, jubelte und dankte und schluchzte.

„Nicht weinen Annchen," sagte die Mutter, „ich muß ja Alles thun, nur nicht mehr weinen — 's ist Gift für Dich, sagt der Herr Professor." —

„Und danken will ich's Ihnen, Frau Mutter, mein Lebenlang —" sagte der glückliche, junge Assistent. —

Die Sprechstunde war beendet, Anna hatte von Otto das Versprechen entgegennehmen dürfen, daß er in wenigen

nutzung eines Fahrstuhles, indem sich plötzlich das Drahtseil desselben aus seiner Befestigung löste und der Stuhl, da auch die Fangvorrichtung versagte, bis zur Kellersohle hinabstürzte. Die Befestigung der Fahrstuhlseile war mittelst des sog. Kortünischen Seilschlosses bewirkt; die vorgenommene technische Prüfung dieser Verschlußart hat mehrfache Mängel gezeigt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die zur Verbindung des Schlosses mit dem Drahtseil dienenden Keilen ihren Zweck insofern nicht erfüllen, als sie das Seil nicht genügend weit umfassen und schon aus diesem Grunde der Reibungswiderstand ein zu geringer ist, daß aber außerdem die an der Innenseite der Keile angebrachten Zähne nicht tief genug in das Seil eingreifen, um eine hinreichend sichere Verbindung des Schlosses mit dem letzteren herzustellen. Im eigenen Interesse der Fahrstuhlbesitzer dürfte es daher liegen, die fraglichen Konstruktionen, deren Verwendung das Polizeipräsidium bei Neuanlagen, wie die „Nordd. Allg. Ztg." erfährt, überhaupt nicht mehr gestatten wird, auch bei den vorhandenen Fahrstühlen durch andere, größere Sicherheit bietende Einrichtungen schleunigst zu ersetzen.

R. **Eine wilde Katze** hat die Familie des Schneidermeisters Meier in der Ackerstraße in große Betrübniß gebracht. Herr M. hielt sich mehr zum Vergnügen als wie zum Mäusefangen eine Katze, welche ziemlich zahmer Natur und seinen Kindern daher ein lieber Spielkamerad war. Die Freude der Kinder war sehr groß, als „Mietze" vor einigen Tagen Mutter von vier allerliebsten Kätzchen geworden war. Doch plötzlich verschwand Mietze mit ihrer kleinen Familie spurlos und die Kinder fingen an, jeden Winkel der Wohnung und des Hauses nach den Katzen abzusuchen und waren auf diesem Streifzuge auch auf dem Hausboden angelangt, da sprang plötzlich aus einem dunklen Winkel die gesuchte Katze, wild pfauchend, hervor und dem 8jährigen M. in das Gesicht. Auf das Geschrei der entsetzten Kinder eilte Herr M. herbei und fand seinen Knaben jämmerlich zugerichtet am Boden liegend, denn das wild gewordene Thier hatte dem armen Knaben seine Krallen tief in das rechte Auge eingeschlagen und somit die Sehkraft desselben für immer vernichtet.

Bei dem Diener S. im Reichsgesundheitsamt erschien am 15. d. M., Nachmittags ein unbekannter Mann mit der Angabe, daß der Direktor der bezeichneten Behörde bei der Firma Dahlmann und Uno Kohlen bestellt habe, und daß ein Wagen in der Karlstraße vor dem Eingang zur Thierarzneischule stände, während der zweite Wagen in Folge eines Radbruchs unterwegs liegen geblieben sei. Um sich ein Rad zu leihen, brauche er zur Hinterlegung eines Pfandes 12,50 Mark. Da der Unbekannte sehr sicher auftrat, so übergab ihm S. den verlangten Betrag gegen eine mit dem Namen „Carl Bensch für den Wagen Nr. 3" unterschriebene Quittung. Als nach etwa einer Stunde ein mit bestellten Kohlen beladener Wagen von der genannten Firma eintraf, stellte sich heraus, daß S. einem Schwindler in die Hände gefallen war. Letzterer ist etwa 30—35 Jahre alt, hat dunkle Haare, starken Schnurrbart und war mit einer Mütze mit herunterzuschlagender Krempe, dunkelblauem Taillen-Winterrock und langen Schaftstiefeln bekleidet.

Die „Frau von Wolfshagen." Eine Schwindlerin welche unter dem Namen Frau von Wolfshagen in letzter Zeit namentlich im Osten der Stadt, ihr unsauberes Handwerk betrieben hat, ist gestern in der unter sittenpolizeilicher Kontrole stehenden unverehelichten Hedwig Schruhl verhaftet worden. Dieselbe miethete möblirte Zimmer, ließ sich längere Zeit von den Wirthsleuten beköstigen und verschwand nach einiger Zeit spurlos ohne Bezahlung von Miethe und Kost. Habseligkeiten führte sie nie bei sich, sondern erwarb sich das Vertrauen der Vermiether durch das Vorgeben, daß sie ihren Koffer aus Königsberg erwarte, wo ihr Vater ein hochgestellter Beamter sei.

Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar cr. von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 22,3, in Breslau 24,4, in Königsberg 28,3, in Köln 24,6, in Frankfurt a. M. 20,6, in Wiesbaden 17,8, in Hannover 28,6, in Kassel 19,5, in Magdeburg 24,2, in Stettin 30,3, in Hamburg 26,5, in Altona 26,4, in Metz 26,0, in Straßburg 26,9, in München 27,6, in Nürnberg 26,4, in Augsburg 19,7, in Stuttgart 25,1, in Dresden 22,8, in Leipzig 24,5, in in Braunschweig 23,8, in Karlsruhe 14,5, in Wien 29,3, in Budapest 32,4, in Prag 31,0, in Pest 30,4, in Krakau 39,2, in Basel 26,6, in Brüssel 29,6, in Amsterdam —, in Paris 26,3, in London 22,4, in Glasgow 26,2, in Liverpool 24,7, in Dublin 33,7, in Edinburg 16,0, in Kopenhagen 18,3, in Stockholm 24,1, in Christiania 21,2, in Petersburg 33,2, in Warschau 27,1, in Odessa 32,1, in Rom 40,8, in Turin —, in Venedig 33,0, in Madrid —, in Alexandrien —. Ferner in der Zeit vom 10. bis 9. Januar 1888: in New-York 27,3, in Philadelphia 19,3, in San Francisko 25,8, in Baltimore 18,0, in Kalkutta 35,4, in Bombay 22,5, in Madras 34,0. Die Sterblichkeit hat in der Berichtswoche in den meisten Großstädten Europas wieder etwas zugenommen, nur aus den mitteldeutschen, west- und nordwestlichen deutschen Städten werden vielfach kleinere Sterblichkeitsziffern als in der Vorwoche gemeldet. Insbesondere erscheinen akute Entzündungen der Athmungsorgane in gesteigerter Zahl als Todesursachen und haben besonders in Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Hannover, Königsberg, München, Straßburg, Stuttgart, London, Paris u. A. viele Todesfälle hervorgerufen. Auch Darmkatarrhe der Kinder führten mehr Sterbefälle als in der Vorwoche herbei. Die Theilnahme des Säuglingsalters an der Gesammt-Sterblichkeit war eine nicht unwesentlich gesteigerte, in Berlin und München jedoch eine geringere als in der Vorwoche. Von 10 000 Lebenden starben, aufs Jahr berechnet, in Berlin 65, in München 80 Säuglinge. — Von den Infektionskrankheiten traten Masern, Scharlach, typhöse und Kindbettfieber, sowie Pocken in geringerer Zahl als Todesursachen auf; nur Sterbefälle an Diphtherie und Keuchhusten wurden etwas mehr gemeldet. — Die Masern-Epidemien in Berlin, im Regierungsbezirk Marienwerder, sowie in Wien und Paris haben etwas weniger, dagegen in Dresden, Budapest, London und Rom (Ende Dezember) etwas mehr Sterbefälle veranlaßt. — Auch das Scharlachfieber verlief in Berlin, Danzig, Christiania und St. Petersburg milder, während es in Hamburg und Halle noch keinen Nachlaß der Sterbefälle aufwies. Dagegen war die Sterblichkeit an Diphtherie und Kroup vielfach wieder eine größere, wie in Braunschweig, Danzig, Dortmund, Charlottenburg, Kassel, München, Plauen, Budapest, London, Wien; in Berlin, Altona, Breslau, Hamburg, Königsberg, Magdeburg, Christiania, Warschau blieb sie fast die gleiche, nur in Leipzig, St. Petersburg ist ein größerer Nachlaß der Sterbefälle im Vergleich zur vorangegangenen Woche erschlichtlich. — Das Vorkommen typhöser Fieber blieb in deutschen Städten ein beschränktes; auch in Hamburg sank die Zahl der Sterbefälle auf 6. In größerer Zahl zeigten sich typhöse Fieber nur in Paris, St. Petersburg und Warschau als Todesursachen. — An Flecktyphus wurden aus Aachen, London und Rom (Ende Dezember) je 1 Sterbefall, aus St. Petersburg 2, aus dem Regierungsbezirk Marienwerder 3 Erkrankungen gemeldet. — Rückfallsfieber kamen nur aus St. Petersburg in größerer Zahl (7 Todes und 20 Erkrankungsfälle) zur Berichterstattung. — Aus St. Petersburg wurde auch 1 Todesfall, aus Nürnberg und aus dem Regierungsbezirk Marienwerder je 1 Erkrankung an epidemischer Genickstarre gemeldet. — Das Kindbettfieber wurde seltener Todesveranlassung (aus den deutschen Städten wurden nur 13 Sterbefälle mitgetheilt). — Der Keuchhusten veranlaßte in Berlin und in den größeren englischen Städten (London, Dublin, Glasgow, Liverpool) mehr Sterbefälle und in Hamburg und Kopenhagen viel Erkrankungen. — Pocken zeigten in Wien Prag, Zürich eine Abnahme, in Budapest, Paris, Venedig, Rom (Ende Dezember) eine Steigerung der Sterbefälle. Aus Stuttgart, Liverpool, St. Petersburg, Warschau, Odessa werden einzelne Todesfälle an Pocken gemeldet. Erkrankungen an Blattern kamen aus London, St. Petersburg und dem Regierungsbezirk Marienwerder mehrfach, aus Wien und Budapest noch immer in größerer Zahl zur Anzeige. — Im spanischen Hafen Tarifa sollen vom 22. bis 27. Januar 42 Erkrankungen an Cholera mit 17 Todesfällen vorgekommen sein. — In Douarnenez (Departement Finistere) ist die Epedemie im Erlöschen. Vom 22. bis 29. Januar wurden daselbst 76 Erkrankungen mit nur noch drei Todesfällen amtlich gemeldet. In Kalkutta trat die Cholera im Dezember wieder in größerer Ausdehnung auf.

Polizei-Bericht. Am 14. d. M. Abends wurde ein Mann in der Brückenstraße vor dem Hause Nr. 1a von einem Wagen der Berliner Packetfahrt-Gesellschaft überfahren und am Kopfe anscheinend schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden mußte. — Am 15. d. M. Abends versuchte ein Dienstmädchen in der Alexandrinenstraße sich mittelst Zuckersäure zu vergiften. Dasselbe wurde auf Anordnung des Arztes nach der Charitee gebracht. — Am 16. d. M Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause geschafft. — Im Laufe des 16. d. M. fanden in den Häusern Kronenstr. 55, Rosenthalerstr. 3 und Keibelstraße 23 kleine Brände statt, welche die Alarmirung der Feuerwehr veranlaßten. — In der Nacht zum 17. d. M. wurde ein Mann in der Brückenstraße krank und bewußtlos angetroffen und nach der Wache des 22. Polizei-Reviers gebracht, wo er bald darauf am Schlagfluß verstarb.

Gerichts-Zeitung.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II hatte sich vorgestern der Tischler Johann Joachim Uhrbrock aus Rixdorf wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten, die er in einem öffentlichen Lokal zu Rixdorf in angetrunkenem Zustande verübt hatte. Von dem in jenem Lokal bedienenden Kellner Julius Kurth wurde hiervon sofort einem Gendarm Anzeige gemacht und darauf hin Uhrbrock verhaftet. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängniß.

Hamburg, 15. Februar. Sozialistenprozeß. In einer Extrasitzung der Strafkammer I des kgl. Landgerichts wurde heute gegn die Sozialisten Küchelhahn und Genossen verhandelt. Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist kurz folgender: Bei der hiesigen Polizei war von Schwerin die Nachricht eingegangen, daß in Ottensen ein Generalvertriebsort für verbotene sozialistische Schriften sein müsse. Am 12 Oktober v. J. wurde denn auch der Zigarrenarbeiter Lippold auf dem hiesigen Bahnhof verhaftet, als er eine Kiste mit verbotenen Schriften verschicken wollte. Es gelang, da L. behauptete, zur Besorgung durch einen Unbekannten aufgefordert zu sein, den Fabrikanten der Kiste und hierdurch den eigentlichen Aufgeber, den Zigarrenmacher Küchelhahn, zu ermitteln. Man fand in einem Zimmer ein großes Lager sozialistischer Schriften und die klarsten Beweise, daß von hier aus der Vertrieb en gros stattgefunden habe. Küchelhahn muß zugestehen, daß er in mindestens 26 Fällen verbotene sozialistische Schriften verbreitet habe. Er weigert sich, seine Mitschuldigen zu nennen, und bekennt sich als Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Der in 3 Fällen der Beihilfe angeklagte Lippold will der Partei nicht angehören und von dem Inhalt der von ihm zur Bahn beförderten Kiste keine Kenntniß gehabt haben. Paschburg, der sich der Beihilfe schuldig gemacht haben soll, will von dem Thun und Treiben Küchelhahn's nicht die geringste Kenntniß gehabt haben. Während die königliche Staatsanwaltschaft die Schuld sämmtlicher Angeklagten als erwiesen angesehen wissen will und gegen Küchelhahn für 26 Straffälle eine Gesammtstrafe von 6 Jahren, gegen Lippold für 3 Fälle und gegen Paschburg für 26 Fälle der Beihilfe eine solche von 4 Monaten 1 Woche und 6 Monaten Gefängniß beantragt, plädirt der Vertheidiger Dr. Türkheim für Freisprechung event. ein weit geringeres Strafmaß. Die Verkündigung des Urtheils wird auf nächsten Freitag festgesetzt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Drechsler und verwandten Berufsgenossen aller Branchen. Kollegen! Die unterzeichnete Kommission unterbreitet Euch folgendes zur Kenntnißnahme: Die Arbeiter der Steinnußknopffabrik von Jakob Franke in Linden bei Hannover haben am Donnerstag, den 11. Februar, die Arbeit eingestellt, weil ihnen ein 20- bis 45prozentiger Lohnabzug angekündigt wurde. War es schon vordem schwer, mit dem erzielten Lohn einigermaßen zu existiren, so ist dies, wenn dieser Abzug zur That werden sollte, überhaupt unmöglich. Daß das letztere nicht geschehe, dafür mit einzutreten ist unsere Pflicht. Kollegen, gedenkt der Unterstützung, welche wir im vorigen Jahre von den Gewerksgenossen Deutschlands erhalten haben; tretet mit aller Kraft für die Gewerksgenossen ein, dann kann es nicht ausbleiben, daß ihnen der Sieg zufällt. Alles Nähere in einer am Sonntag, in Bräuer's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74—75, stattfindenden Versammlung. Inzwischen vergeßt eure Pflicht nicht, sammelt freiwillige Beiträge in allen Werkstätten und führt dieselben am Montag ab. Mit Gruß die Lohnkommission der Drechsler und verwandten Berufsgenossen zu Berlin. J. A.: Robert Sündermann, Gitschinerstr. 61.

* **Zur Mäntelnäherinnen-Lohnbewegung.** Da in der Sommersaison, die höchstens noch 4 bis 6 Wochen dauert, nennenswerthe Erfolge mit einem partiellen Streik nicht zu erzielen wären, ist vor der Hand von einem solchen abgesehen worden. — Aufgabe der Lohnkommission (Vors. Frau Büge) soll es nun sein, die Mäntelnäherinnen-Organisation zu vollenden, Gelder zu einem Streikfonds zu sammeln und dann zu Beginn der diesjährigen Wintersaison, welche von Ende Juni bis Dezember währt, eventuell mit einer Arbeitseinstellung vorzugehen. An alle Näherinnen ergeht die dringende Aufforderung, sich bis zu diesem Zeitpunkt zu sammeln und zu rüsten.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Steinträger hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. Februar, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, ab. Herr Rennthaler referirte über das Thema: „Wie man unsere Angelegenheit in der „Baugewerks-Zeitung" zu verdächtigen sucht." Der Vorsitzende forderte zunächst die Mitglieder auf, zu Ehren des dahingeschiedenen Mitgliedes R. Dube sich von ihren Plätzen zu erheben, was auch geschah. Sodann kritisirte Herr Rennthaler einen Artikel der „Staatsbürger-Zeitung" über das Leichenbegängniß des verstorbenen Dube, welches am 7. Februar stattgefunden hat. Das genannte Blatt will nämlich ganz genau wissen, daß an 200 Sozialdemokraten an der Beerdigung Theil genommen und sich mit rothen Schleifen geschmückt hätten. Herr Rennthaler aber meinte, daß man diese unwahren Behauptungen nur deshalb verbreite, um den Arbeitern eins auszuwischen und das Publikum zu täuschen. Daß die Behauptungen der „Staatsbürger-Zeitung" auf Unwahrheit beruhen, würde wohl jeder Theilnehmer am Leichenbegängniß wissen. Redner weist ferner darauf hin, daß R. Dube nicht auf dem Hausvogteiplatz durch den Krahn, wie die genannte Zeitung angiebt, zu Tode gekommen sei. Er wundre sich, daß

Tagen auf die Besitzung der Mutter kommen würde; die Herren geleiteten die Damen durch das jetzt leere Wartezimmer.

Wie pfiffig sah jetzt der Amor aus, und wie holdselig lächelte die holde Venus trotz ihrer fehlenden Gliedmaßen, — man hätte glauben können, daß sie Beide über irgend Etwas eine große Freude hätten! Die Mutter war augenscheinlich in Gedanken; die Geschichte mit dem Verwalter schien ihr durch den Kopf zu gehen. —

Annchen ergriff beim Abschied die Hand ihres Helfers und Beschützers, drückte sie innig und dankte ihm aus Herzensgrund für ihr Glück.

„Aber, mein liebes Fräulein," meinte der liebe, edle Menschenfreund — „mir haben Sie heut wirklich gar nicht zu danken — ich war ja nur — der Assistent!"

Berliner Theater.

Königstädtisches Theater.

W. L. „Der Glücksengel oder eine moderne Mascotte" ist der Titel einer Posse, welche am Dienstag Abend ihre erste Aufführung im Königstädtischen Theater erlebte. Da auf dem Theaterzettel mit großen Lettern ein Gastspiel der kleinen Marguérite (Amerikas Liebling) angekündigt wurde, so harrten die Theaterbesucher in einiger Spannung der Dinge, die da kommen sollten.

Endlich hob sich der Vorhang und bald erschien die kleine Künstlerin, vom Publikum lebhaft begrüßt, auf der Bühne. Fräulein Marguérite gehört nicht etwa zu jenen kleinen, von der Mutter Natur so stiefmütterlich behandelten Menschenkindern, welche wir als Zwerge betrachten, sondern sie führt das Prädikat „Kleine" nur deshalb, weil sie sich noch in einem sehr jugendlichen Alter befindet, zu dem ihr Wuchs sich in einem durchaus normalen Verhältniß befindet. Ihre Haltung und ihr Spiel beweisen aber, daß sie trotz ihrer Jugend die Konkurrenz ihrer größeren Bühnenschwestern nicht nur nicht zu fürchten braucht, sondern in den meisten Fällen sicher siegreich bestehen würde.

Das ganze Stück war denn auch ersichtlich auf die kleine Künstlerin zugeschnitten. Ein Herr Timpel, seines Zeichens Rentier, hat zwei Töchter, welche den Namen Emma und Röschen führen. Während aber Emma längst das heirathsfähige Alter erreicht hat, befindet sich Röschen noch als Backfisch in der Pension. Herr Timpel zählt zu jenen Leuten, die es für das größte Glück auf Erden halten, wenn es ihnen gelingt, für ihre Töchter einen Schwiegersohn mit einem Adelstitel zu erlangen und daher ist er außer sich vor Freude, als ihm während einer Reise ein Freiherr in die Finger läuft, der sich bereit erklärt, seine Tochter Emma zu heirathen.

Der Zukünftige seiner Tochter ist natürlich gänzlich mittellos, aber das genirt Timpel nicht, denn er hat ja Geld im Ueberfluß. Emma liebt aber einen Advokaten, von dem sie trotz allem Wettern des Vaters nicht lassen will. Schließlich führt Timpel den Freiherrn in sein Haus ein, um die Heirath schleunigst zu betreiben. Da erscheint plötzlich Röschen und erklärt ihrem Vater ganz naiv, daß sie aus der Pension entflohen ist, weil es ihr dort schrecklich langweilig gewesen sei. Und ganz vertraulich macht sie ihm noch die Mittheilung, daß ein junger Mann mit einem hübschen Schnurrbart ihr das Reisegeld vorgestreckt habe, wobei sie noch in recht kindlicher Weise erwähnt, daß der hübsche „Schnurrbart" einen großen Eindruck auf sie gemacht habe.

Timpel schmollt zwar, aber er behält nunmehr auch sein Röschen im Hause. Nachdem die letztere von der stillen Liebschaft ihrer Schwester erfahren, nimmt sie sich vor, deren Glücksengel zu sein und um jeden Preis die Heirath mit dem Freiherrn zu verhindern. Inzwischen erhält sie jedoch den Besuch des hübschen Schnurrbart, mit dem sie beim vertraulichen Plaudern vom Vater überrascht wird. Unglücklicherweise ist der junge Mann Apotheker, und Pillen- und Rechtsverdreher kann Timpel durchaus nicht leiden. Er verbietet daher dem hübschen Schnurrbart sein Haus und schickt Röschen wieder in die Pension.

Endlich trifft der lang ersehnte Freiherr ein, mit ihm aber ein Mann, der eigentlich das größte Interesse an der Heirath hat. Dieser Mann, Namens Geier, hat nämlich Wechsel von dem Freiherrn in Händen, welche auf hohe Summen lauten, die er natürlich nur dann von dem mittellosen Freier erhalten kann, wenn die Heirath mit der Tochter des Rentiers zu Stande kommt. Aber der Geier hat noch etwas besonderes auf seinem Gewissen: er hat eine Testamentsfälschung begangen, durch welche der Freiherr um sein Erbe gebracht wurde.

Timpel, der hiervon keine Ahnung hat, sieht in Geier seinen besten Freund, weil dieser ihm zu dem adeligen Schwiegersohn verhelfen will. Er trifft schleunigst alle Anstalten zur Verheirathung seiner Tochter. Geier hat aber Eile, er sucht die Dienstboten Timpels auf seine Seite zu bringen, damit ihm der Fisch nicht aus dem Garne geht. Die Dienstboten versprechen ihm Alles, heimlich geben sie indeß die Briefe Geier's dem jungen Advokaten, der bald dahinter kommt, daß der erstere ein Testamentsfälscher und Betrüger ist. Um seiner Sache zum Siege zu verhelfen, schreibt Geier nach seiner Heimath in Swaben, von wo er die Tochter einer Bekannten herbeirufen will, die im Hause Timpel's eine Stellung erhalten und seine Pläne fördern soll.

Röschen, welche das Alles erfährt, erscheint nun verkleidet als Schwäbin und wird so von Geier in seine Pläne eingeweiht. Timpel glaubt nun, daß seine Tochter in Zukunft als Freifrau auch eine Gouvernante nöthig hat, Röschen verkleidet sich als Engländerin und erhält richtig auch diese Stellung. Später erscheint sie als Stutzer unter dem Namen Anatole Schneider und schließlich tritt sie als Husarenlieutenant von Zikelwitz auf.

In allen diesen Positionen sucht sie das Vorhaben Geier's zu hindern, was ihr um so leichter wird, als sie schließlich erfährt, daß das Herz des Freiherrn schon längst einer anderen Dame gehört und daß dieser nur auf Betreiben seines unerbittlichen Gläubigers Geier zu der Hochzeit mit der Schwester gedrängt wird.

Geier wird schließlich entlarvt, der Freiherr verzichtet auf die Hand Emma's und wendet sich wieder seiner früheren Liebe zu, während Emma den Advokaten und Röschen ihren hübschen Schnurrbart, den Apotheker, unter Zustimmung des Vaters heirathet.

Das Stück ist recht gut erdacht und reich an drolligen Episoden, allein es ist in seiner jetzigen Aufführung viel zu eckig, oft sogar recht hölzern und wenn nicht die kleine Marguérite und Herr Pauli, als Rentier Timpel, etwas Leben hineingebracht hätten, so würde es sicher nicht den geringsten Beifall gefunden haben.

Man sollte es kaum glauben, daß eine so jugendliche Künstlerin sich in der geschickten Weise in allen Rollen bewegen kann, wie es hier der Fall war. Sowohl als Schwäbin, wie als Engländerin war die Haltung der kleinen Marguérite lobenswerth. Die größte Bewunderung erregte sie jedoch als Stutzer, wenngleich auch der Lieutenant alle Anerkennung verdiente. Soviel ist sicher, die junge Künstlerin wird sich recht schnell die Herzen des Berliner Publikums erobern.

das edle Blatt noch zugiebt, daß sich bei der Beerdigung Alles in Ordnung bewegt habe und Ausschreitungen nicht vorgekommen seien. Referent ging sodann zu seinem Vortrag über und unterzog die Empfehlung der „Keßler'schen Winde", welche in der „Baugewerks-Zeitung" den Inhabern von Baugeschäften angepriesen wird, einer Kritik. Die Firma stelle sich, als wäre sie im Stande, durch ihre Winde thatkräftige Menschenhände zu beseitigen. Man behaupte, daß durch Anwendung derselben auf einem Bau 1000 Mark erspart werden können, da man die Steinträger nicht mehr brauche. Man gehe sogar so weit, daß man diese Winde als ein wirksames Mittel gegen die „übermüthigen Forderungen" der Steinträger empfehle. Durch diese Schreckschüsse, meint Redner, würden sich die Steinträger aber nicht einschüchtern lassen. Mit derartigen Winden habe man schon früher vergebliche Versuche angestellt und auch die Keßler'sche Winde würde wieder in dem Schuppen verrosten, gleich ihren Vorgängern. Redner fordert auf, an der bestehenden Vereinigung festzuhalten und ruhig und geschlossen vorzugehen, dann werde der Sieg auf Seiten der Arbeiter sein. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Hierauf gelangte der vom Vorstand und der Fachkommission ausgearbeitete Lohntarif mit einigen kleinen Abänderungen fast einstimmig zur Annahme; derselbe soll den Bauinhabern zugeschickt werden und zum 1. Mai in Kraft treten. Den streikenden Korbmachern wurden 30 Mark bewilligt. Das Unterstützungsgesuch eines seit vier Monaten kranken Kollegen wurde abgelehnt und beschlossen, bei der nächsten öffentlichen Versammlung für denselben eine Tellersammlung zu veranstalten. Die Unterstützungsfrage soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. Herr Roeck beantragte, den Vorstand zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß ein Arbeitsnachweis errichtet werde. Der Vorsitzende theilte mit, daß der Vorstand die nöthigen Schritte thun werde und ersucht, passende Lokale dem Vorstand anzuzeigen, damit derselbe das Weitere veranlassen könne. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß wiederum ein Mitglied, der Kollege Wilhelm Foetzke, in der Charitee verstorben sei und um zahlreiche Theilnahme bei der stattfindenden Beerdigung gebeten. Ferner ersuchte der Vorsitzende um zahlreichen Besuch der am 28. Februar stattfindenden öffentlichen Versammlung der Steinträger und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das Gedeihen des Vereins die Versammlung.

Der Fachverein der Tischler hielt am Montag Abend Grüner Weg 29 eine Versammlung für den Osten Berlins ab, in welcher an Stelle des verhinderten Stadtv. Ritan das Mitglied Herr Furchtbar einen Vortrag über Fachorganisation hielt. Wenn wir zurückblicken in die sechsziger Jahre, so begann Redner, so sehen wir, daß sich die Arbeiter-Organisationen ganz bedeutend entwickelt haben. Die Arbeiter sahen ein, daß die Maschine, welche sie glaubten zu ihrem Nutzen geschaffen zu haben, nur den Kapitalisten zu Gute komme. Die Arbeitszeit sei trotz Einführung der Maschinen dieselbe geblieben, daher die Ueberproduktion, die immer größer werdende Arbeitslosigkeit, welche wiederum das sogenannte Vagabundenthum hervorrufe. Seit dem Jahre 1871 haben die Tischler versucht, durch Streiks den Lohn zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Immer deutlicher habe sich jedoch im Laufe dieser 15 Jahre gezeigt, daß durch lose Zusammenkünfte nicht viel zu erzielen sei. Das Wenige, was während der guten Geschäftskonjunktur, bei welcher die Streiks eben nur stattfinden könnten, erreicht werde, gehe, sobald die Konjunktur sich verschlechtere, doppelt verloren. Dieses könne besser verhindert werden, wenn sich die Tischler, sowie auch alle anderen Arbeiter den bestehenden Fachvereinen ihrer Branche sämmtlich anschließen würden. Diese Vereine seien auf demokratischem Prinzip gegründet, erstreben nicht nur die Löhne zu verbessern und die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern auch die geistige Ausbildung ihrer Mitglieder, theils durch Vereinsbibliotheken, welche wissenschaftliche Werke und Fachschriften enthalten, theils durch wissenschaftliche, in den Vereinsversammlungen gehaltene Vorträge. Ferner werden die Mitglieder, welche Fachschulen besuchen, unterstützt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis sowie der Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten sind sehr zu beachtende Einrichtungen der Fachvereine, doch können dieselben erst zur rechten Geltung kommen, wenn die Mehrzahl der Berufsgenossen den Vereinen angehört. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner, welche sich sämmtlich mit dem Referenten einverstanden erklärten. Der Vorsitzende machte die Anwesenden auf die am Sonntag, den 21. d. M., in Keller's Salon, von Herrn Schmitz einberufene Versammlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter aufmerksam, und forderte diejenigen, welche dieser Kasse nicht angehören, auf, recht zahlreich in der von Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Tischler ebenfalls zum Sonntag angekündigten Tischlerversammlung im Konzerthause Sanssouci zu erscheinen. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß am 13. März in der „Berliner Ressource", Kommandantenstraße 57, ein Maskenball des Fachvereins stattfindet, wozu Billets nur vorher in den Versammlungen, auf den Zahlstellen, sowie bei folgenden Mitgliedern zu haben sind: Böhm, Johanniterstraße 10, Hof III., Grünwald, Prinzenstraße 6, IV. bei Krause, Thumann, Naunynstraße 79, III., Fest, Hollmannstr. 1a, Riska, Wienerstraße 42, Thierbach, Neue Königstraße 72, Hof III., Witte, Invalidenstraße 21 und jeden Abend bei den Arbeitsvermittlern, Blumenstraße 56 (Tischlerherberge).

dr. **Fachverein der Kürschner.** Die Versammlung, welche am Montag im Schützenhause stattfand, hatte zunächst über die von der betreffenden Kommission aufgesetzten Statuten des deutschen Kürschner-Verbandes zu berathen. Das Ergebniß der Berathung war, daß der Statuten-Entwurf der Kommission unverändert angenommen wurde. — Die Wahl der Delegirten für den Kongreß der Verbands-Vereine, der in Hamburg abgehalten werden wird, wurde in Folge des Umstandes, daß inzwischen der Termin für den Kongreß bis in den Monat Mai hinausgeschoben ist, auf eine spätere Versammlung vertagt. Darauf wurden noch einige innere Vereinsangelegenheiten erledigt.

In der zu heute Abend nach der Urania, Wrangelstraße 9, einberufenen Versammlung sollen, wie uns mitgetheilt wird, folgende Punkte als demnächstiges Programm der Arbeiterinnenbewegung aufgestellt werden: I. Die Frau steht dem Mann sittlich gleich. Ihre geistigen Fähigkeiten, seither — wechselwirkend — unterschätzt und ungenügend entwickelt, sind voll auszubilden und sie demgemäß zu denjenigen Berufen zuzulassen, für welche sie sich als befähigt erweist. Dies sowie ihre wirthschaftliche Selbständigkeit und politische Gleichberechtigung mit dem Manne, beide letzteren untrennbar, bilden das letzte Ziel. II. Die Besserung der wirthschaftlichen und rechtlichen Lage der Frau ist zunächst als wesentliche Aufgabe zu betrachten. III. Die Frauen müssen sich, um ihre Rechte und Interessen wirksam zu vertreten, in Vereinen organisiren. Dieselben vertreten diese Rechte und Interessen sowohl gegenüber dem anderen Geschlecht, als auch dort, wo sie mit denen des Mannes zusammenfallen. IV. Die arbeitenden Frauen sind bei der Schaffung der Werthe und der Kultur hervorragend betheiligt. Es handelt sich in der sozialen Frage wesentlich mit um ihr Loos. Diese Bedeutung der Frage anerkennend, organisiren sich die Frauen in Arbeiterinnenvereinen, welche die Lage der Arbeiterinnen zu bessern bestrebt sind. Zur Mitwirkung ist jede Frau, ohne Unterschied des Standes, Berufes, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Meinung aufgefordert. V. In wirthschaftlicher Hinsicht sind insbesondere zu erstreben: 1. Verbot der Fabrikarbeit für Frauen, so weit diese für das Geschlecht mit besonderen Gefahren verknüpft ist. 2. Verbot der Kinderarbeit. 3. Verbot der Sonntagsarbeit. 4. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen. 5. Strenge sanitäre Kontrole der Arbeitsräume. 6. Errichtung eines staatlichen Arbeitsnachweises. 7. Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt. 8. Hebung der Arbeiterinnenlöhne. 9. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. VI. In rechtlicher Hinsicht: 1. Rechtliche Unabhängigkeit vom Manne. 2. Gesetzlichen Schutz der Frauenehre. 3. Beseitigung der Prostitution. VII. Die obigen Sätze und Forderungen sind bestimmt, die Grundlage der Einigung für die in Vereinen organisirten Frauen zu bilden. Es wird den Arbeiterinnen-Vereinen in Deutschland empfohlen, sie als ihr Programm anzuerkennen.

* **Oeffentliche Frauenversammlung** heute, Donnerstag, Abends 8½ Uhr, in der „Urania", Wrangelstraße 9. Tagesordnung: Berathung des Programms für die Frauenbewegung. (Vortrag und Diskussion.) Referentin: Frau Pötting. Reichstagsabgeordnete aller Parteien sind hierzu eingeladen. Männer haben Zutritt.

* **Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortearbeiter Berlins.** Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10½ Uhr, in Keller's Salon, Andreasstraße 21, Versammlung der Kassenmitglieder. Tagesordnung: 1. Obermeister Brandes und Genossen und deren Stellung zum § 34 des Kassenstatuts. 2. Die Antwort des Herrn Polizei-Präsidenten auf die Beschwerde der neuen Vorstandsmitglieder. 3. Der Bescheid vom Bezirks-Ausschuß auf die Beschwerde. 4. Die jetzige Verwaltung und Leitung der Kassengeschäfte durch den provisorischen Rendanten Herrn Witte. Referent W. Schmitz. Sämmtliche Mitglieder der Kasse, besonders die Delegirten zur Generalversammlung, ferner Herr Witte, die alten und die neugewählten Vorstandsmitglieder sowie Herr Obermeister Brandes sind zu dieser Versammlung eingeladen. Auflagebuch resp. die Delegirtenkarte zur Generalversammlung legitimirt. Alles Nähere durch Annoncen und Säulenanschlag.

Demokratischer Verein. Große Versammlung Donnerstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr, in der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 111 (in der Halle). Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Lenzmann über „Die politische Lage". 2. Vereins-Angelegenheiten. Gäste willkommen.

* **Große öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins** und Umgegend am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, im Restaurant „Königsbank", Gr. Frankfurterstr. 117. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Lohnkommissions-Sitzung. 2. Berathung und Beschlußfassung über den aufgestellten Gesellen-Lohntarif für Berlin und Umgegend.

* **Arbeiterinnen-Vereinsversammlung** am Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8½ Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79. Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Schulz. Die Vereinsversammlungen finden in diesem Jahre wieder regelmäßig jeden 2. Donnerstag im genannten Lokal statt und sind Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt. Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, bei [illegible], Linienstraße 30, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten August Heine über die „Volksschule". 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

* **Verein selbstständiger Glasermeister Berlins** und Umgegend. Oeffentliche Versammlung am Freitag, den 19. d. M., Abends 8 Uhr, in Rieft's Salon, Kommandantenstraße 71—72. Der Verein bezweckt, durch wiederholte Versammlungen und Besprechungen vor allen Dingen die Kollegialität und durch gemeinsames Streben das Handwerk zu fördern, und die augenblicklich herrschenden Uebelstände durch Einigkeit zu beseitigen.

Verein Berliner Mechaniker. Donnerstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr, im großen Saale des Restaurants Ad. Menck, Alte Jakobstr. 128, Vortrag des Herrn Ingenieur Leman über dynamo-elektrische Maschinen unter Vorführung von Apparaten und Modellen. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Abonnent H. Derartige Apparate können Sie beziehen durch die Firma Lenzer, Prinzenstraße 37. Ob sich dieselben in der Praxis bewähren, können wir nicht beurtheilen, da wir sie noch nicht benutzt haben.

R. Z. Im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow kandidirte zu der angegebenen Zeit der Zigarrenarbeiter [illegible]mann.

Theater.

Donnerstag, den 18. Februar.

Opernhaus. Siegfried, Musik-Drama in 3 Akten von Richard Wagner.
Schauspielhaus. Die Karolinger, Trauerspiel in 5 Akten von Ernst von Wildenbruch.
Deutsches Theater. Der Bureaukraut.
Wallner-Theater. Alfred's Briefe.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Die schöne Helena.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Wilken.
Louisenstädtisches Theater Abracadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Däumling.
Ostend-Theater. Das Loos der Armen, Lebensbild in 5 Akten von F. v. Stenglin.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15.
Heute:
Die Verschwörung der Frauen.
Historisches Lustspiel in 5 Akten von Arthur Müller.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche: Dänemark, Schweden, Norwegen. Eine interessante Reise durch Holland. Neu! Hertha-Reise. Karolinen-Inseln &c. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf. Vereinsbillets.

Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.
Staatlich concessionirte
Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.
5000 Gewinne im Gesammtwerthe von
62,900 Mark.
Loose à 1 Mark, 11 Loose 10 Mark
sind zu beziehen durch den General-Debit von
R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 14a.
Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.
Ausstellung der Gewinne Leipzigerstr. 107, Hof part.
Jedes Loos berechtigt zum freien Eintritt.

Einem geehrten Publikum empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal
Reichhalt. Abendtisch. Zu jeder Tageszeit: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.
Reichhaltiger kalter und warmer Frühstücks-, sowie Mittagstisch v. 12 bis 2 Uhr, mit Bier à Kouvert 50 Pf.
427
Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.
Achtungsvoll **Hermann Stramm,** Restaurateur, Skalitzerstr. 18

Metallarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 28. Februar, findet eine öffentliche Versammlung **sämmtlicher Metallarbeiter** statt. Tagesordnung: Wie stellen sich die Metallarbeiter zur Gründung einer Arbeitslosen-Unterstützungs-Kasse. Die Herren Vorstände von Metallarbeiter-Fachvereinen werden ersucht, an diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen. Näheres nächstfolgendes Inserat und Säulenanschlag. 743

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Nr. 21, Dresdener-Straße Nr. 21.
Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen.
745] Vereine Ermäßigung.

Bei anst. kl. Leuten w. v. e. Handwerker eine einf. möbl. Stube m. Kaffee u. Abendbrod ges. i. d. Nähe d. Rosenthaler Th. Off. m. Preisangabe erb. b. Tülbecke, Storkkirchstr. 52, II. [740

Gr. öffentl. Versammlung der
Wäschenäherinnen u. Knopfloch-Arbeiterinnen Berlins
am Freitag, den 19. d. M., Abends 8 Uhr, in **Pötzow's Brauerei-Ausschank,** Prenzlauer Allee, Ecke der Saarbrückerstraße. Tagesordnung: 1. Die Lohnfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Neue Mitglieder für den Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen werden aufgenommen. 746
Die Einberuferin: **Frau Herrlich.**

Achtung! **H. F. Dinsinge,** Kottbuserstraße 4, Hof part.
Kein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 348

Schlafstelle mit sep. Eing. f. 2 Herren zum 1. März zu vermiethen Hagelsbergerstr. 48, Hof 4 Treppen bei Weber. [710

Danksagung.
Für die so überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Theilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders Emil Karpe sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Fachverein der Metallschleifer unsern tiefgefühltesten Dank.
741] **Eltern und Geschwister.**

Von heute ab verkaufen wir
Gemahlene Raffinade
fein und körnig, 2 Pfd. 55 Pf.
Würfel-Zucker
1 Pfd. 30 Pf.
Täglich frisch gerösteten **Kaffee** à Pfd. 80 Pf. gutschmeckend.
ff. Mocca-Melange,
kräftig und von sehr feinem Aroma, à Pfund M. 1,00, M. 1,20 und M. 1,40, bei 5 Pfd. à 5 Pf. billiger.
Bruch-Kaffee (kein Surrogat), à Pfd. M. 0,60.
Thee, Cacao, Chokolade billigst.
Gebrüder Maass
Berlin,
Admiralstr. 40, am Kottbuser Thor.

Ein Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen, 24 M., sofort zu verkaufen Reichenbergerstraße Nr. 183, im Kistengeschäft.

Selbstunterricht
in der einfachen und doppelten kaufmännischen
Buchführung
und Darstellung eines **neuen abgekürzten Systems** zur doppelten Buchmethode von **C. Schmidt,** Lehrer der Handelswissenschaft.
Preis 1 M. 50 Pf.
Zu beziehen d. d. Exped. d. „**Berliner Volksblatt**", Berlin, Zimmerstraße 44.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2